

Auf dem Weg in die Postdemokratie

„Der Klassenkampf ist ein historischer Fakt, er wird von meiner Klasse, der Klasse der Reichen geführt und wir sind dabei, ihn zu gewinnen“ (Warren Buffet, eine der reichsten Personen der Erde), New York Times vom 26.11.2006).

Demokratie und Reaktion: ein historischer Prozess

1. Demokratie ist kein Zustand, sondern ein historischer Prozess und dieser ist keine Einbahnstraße. Seit der Französischen Revolution verzeichnet Europa eine Ausweitung der Menschen- und Bürgerrechte, auf die die jeweils herrschenden Klassen und der politische Konservatismus stets mit heftiger Gegenwehr re-agierte haben, nicht selten mit Erfolg und mit höchster Grausamkeit. Die Restauration nach dem Wiener Kongress mit der Unterdrückung demokratischer Bestrebungen war eine solche Reaktion. Daher kommt das Wort 'Reaktionär'.

Auch der Neoliberalismus, die dominante politisch-ökonomische Bewegung der letzten Jahrzehnte, ist eine **reaktionäre Gegenbewegung gegen demokratischen und sozialen Fortschritt**. Wie Naomi Klein in ihrer umfangreichen Geschichte des neoliberalen globalen Bereicherungsfeldzugs ('Schockstrategie' 2008) zeigt, reicht sein Gewaltspektrum von blutigen Militärdiktaturen (z. B. Chile, Argentinien), über das Aushungern und Ausplündern der Bevölkerungen vieler armer Länder durch die sog. Strukturanpassungsprogramme von IWF und WB bis zur privaten Aneignung von Gemeinschaftseigentum im großen Maßstab. Hinzu kommt systematisch herbeigeführte soziale Unsicherheit durch Deregulierung, Sozialabbau und unterlassene aktive Beschäftigungspolitik in den reichen Ländern. Auch wo Neoliberalismus im liberalen Gewandt oder gar mit Emanzipationsrhetorik erscheint, reiht er sich de facto ein in eine lange historische Kette von antidemokratischen Re-aktionen, sei es der Verrat der bürgerlichen Parteien an der ersten deutschen Republik, der Putsch gegen die spanische Demokratie in den 1930er Jahren, der italienische, spanische, und portugiesische Faschismus mit ihren Geheimdiensten und Folterkellern bis in die 1970er Jahre hinein oder der von der NATO unterstützten Militärputsch in Griechenland 1967. 'Weichere', aber dennoch gravierende Reaktionen sind z.B. die Rücknahme vieler Bürgerrechte in den USA durch den Präsidenten Bush oder die derzeitige Kürzungspolitik in der EU-Staaten, erstere unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung letztere unter dem der Krisenlösung (siehe weiter unten). Auch die deutsche Gesellschaft befindet sich derzeit im demokratischen Rückschritt. Neoliberalismus ist nicht nur sozial polarisierend, in-

dem er Armut und Arbeitslosigkeit auf der einen und die Akkumulation großer Vermögen auf der anderen Seite der Gesellschaft fördert, er ist auch krisenverursachend und – darum geht es im Folgenden – demokratiezersetzend.

2. Historisch setzt der lange, längst nicht abgeschlossene und vielfach abgebrochene Weg zu demokratischen Verhältnissen individuelle, politische und soziale Bürgerrechte voraus. Schematisch lässt sich die bisherige Entwicklung nach inhaltlichen Schwerpunkten in (sich zeitlich überlappende) Etappen unterscheiden: Zunächst im 18. und 19. Jh. geht es in Europa um die Etablierung individueller Menschenrechte, beginnend mit dem Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit, dem Verbot von Sklaverei, Leibeigenschaft und Folter. Man muss nur an die heutige Legitimation und Praxis des Folterns in den USA erinnern, um zu erkennen, dass auch dieses grausame Kapitel auch in westlichen parlamentarischen Demokratien noch nicht abgeschlossen ist. Weitere individuelle Personenrechte sind Gedanken- und Religionsfreiheit, Eigentumsfreiheit, keine Strafe ohne vorheriges Gesetz, Anspruch auf rechtliches Gehör usw. Sie sind inzwischen in den meisten Verfassungen demokratischer Staaten verankert (erstmalig 1776 USA, 1789 Frankreich). In einer zweiten Etappe folgte der Kampf um politische Bürgerrechte, wie Wahlrecht, Versammlungsfreiheit usw. Auch dieser Prozess ist nicht vollendet, sondern stagniert oder wird zurückgedreht.

Die neoliberale Reaktion bezieht sich vornehmlich auf eine sehr wesentliche dritte Etappe des Weges zur wirklichen Demokratie: dem **Kampf um die Ausweitung der Bürgerrechte auf die soziale und ökonomische Sphäre**. Die Arbeiterbewegung hatte frühzeitig erkannt, dass die individuellen und politischen Freiheiten für die Masse der lohnabhängigen Menschen erst auf der Grundlage sozialer Rechte, vor allem wirtschaftlichen Auskommens, ausreichender Bildung und sozialer Sicherheit, sinnvoll ausgeübt werden können. Der Name Sozial-Demokratie erwuchs aus dieser – in der gleichnamigen Partei längst verdrängten – Erkenntnis. Eine lebendige Demokratie erfordert gebildete und selbstbewusste Bürger. Unter den Bedingungen von Armut, Unsicherheit und Willkür stehen demokratische Rechte für die Mehrheit der vermögenslosen Bürger nur auf dem Papier. Daher war es konstitutiv für die Entstehung eines demokratischen Lebens in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg, dass die sozialen Bürgerrechte, wie z.B. der einklagbare Rechtsanspruch auf Leistungen der Sozialversicherungen oder der gesetzliche Kündigungsschutz oder das Streikrecht ausgebaut wurden. Dies wird nun seit den 1980er Jahren bis heute wieder unter allerlei Vorwänden (globaler Wettbewerb, demografischer Wandel, Haushaltskonsolidierung etc.) im Sinne historischer Reaktion zurückgeschraubt..

Michał Kalecki, einer der großen Ökonomen des 20. Jahrhunderts, stellte 1943 prognostische Überlegungen über die bevorstehende Nachkriegszeit an und beschäftigte sich dabei mit den Gründen für die Ablehnung von makroökonomischer Beschäftigungspolitik durch das Besitzbürgertum

und den Mainstream der akademischen Ökonomik. Es sei zwar möglich, mit den (von Keynes entwickelten) Instrumenten der Wirtschaftspolitik Vollbeschäftigung zu erreichen, aber die Aussichten, diese Instrumente würden tatsächlich eingesetzt hielt er für recht gering, da sie den strukturell herrschenden Interessen entgegenstünden.

Wesentlich sei die Befürchtung, "die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung würde soziale und politische Veränderungen hervorrufen (...) die 'Entlassung' würde keine Rolle als Disziplinarmaßnahme mehr spielen. Die soziale Stellung der Chefs würde unterminiert und das Selbstvertrauen und das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse wachsen. Streiks für Lohnsteigerungen und für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen würden politische Spannungen hervorrufen. Es stimmt, dass die Profite im Stadium der Vollbeschäftigung höher würden, als sie das durchschnittlich im laissez-faire System sind; sogar das Ansteigen der Lohnraten, das durch stärkere Verhandlungsposition der Arbeiter bewirkt wird, senkt voraussichtlich weniger die Profite, als dass es die Preise anhebt. Aber 'Disziplin in den Fabriken' und 'politische Stabilität' sind der Wirtschaft wichtiger als Profite. Ihr Klassenbewusstsein sagt ihnen, dass andauernde Vollbeschäftigung von ihrem Standpunkt aus ungesund ist und dass Arbeitslosigkeit ein integraler Bestandteil des 'normalen' kapitalistischen Systems ist".

Im damals noch existenten Nationalsozialistischen System gebe es die Abneigung gegen Vollbeschäftigung und staatliche Ausgabenprogramme deshalb nicht, weil "'Disziplin in den Fabriken' und 'politische Stabilität' bei Vollbeschäftigung durch die neue Ordnung aufrechterhalten" werde, "die von der Unterdrückung der Gewerkschaften bis zu Konzentrationslagern reicht. Politischer Druck tritt an die Stelle des wirtschaftlichen Drucks der Arbeitslosigkeit". Und die "Abneigung gegen staatliche Ausgabenpolitik" fehle, da zum einen "der Staatsapparat sich unter der direkten Kontrolle einer Geschäftsverbindung aus Großfinanz und faschistischen Emporkömmlingen" befinde und zum anderen nicht "öffentliche Investitionen oder Konsum", sondern profitable Rüstungsgüter nachgefragt würden. Das Interesse am "Mythos der 'gesunden Finanzen'", der [wie 3 Jahrzehnte später der Monetarismus, hk] dazu diene, "den Staat davon abzuhalten, einer Krise durch Ausgaben entgegenzuwirken" sei damit entfallen.

In den kapitalistischen Demokratien der bevorstehenden Nachkriegszeit werde es zwar zu mehr Beschäftigung durch anleihefinanzierte öffentliche Investitionen kommen. Aber sobald man versuche, damit die "hohe Beschäftigungsquote aufrechtzuerhalten, die im darauffolgenden Boom erreicht wird, stößt man wahrscheinlich auf eine starke Opposition der 'Wirtschaftsführer', Vollbeschäftigung ist nicht nach ihrem Geschmack. Die Arbeiter würden 'außer Kontrolle geraten', und die Industriekapitäne

würden ihnen nur zu gern 'eine Lektion erteilen'. Darüber hinaus ist der Preisanstieg im Aufschwung ein Nachteil für die Inhaber kleiner wie großer Vermögen, er kann sie 'Boom-müde' machen". In dieser Situation werde wahrscheinlich ein Machtblock aus Großindustrie und Privatvermögensinteressen entstehen, "und es werden sich sicherlich ein paar Ökonomen finden, die die Situation als äußerst ungesund bezeichnen. Der Druck all dieser Kräfte – insbesondere der Großindustrie –, die in der Regel starken Einfluss auf Regierungskreise hat, wird aller Wahrscheinlichkeit den Staat dazu bringen, zur herkömmlichen Politik der Verminderung des Haushaltsdefizits zurückzukehren". (Kalecki, Michal 1943, *Political aspects of full employment*, *Policial Quarterly*, Vol. 14: 322-331, abgedruckt in: Frey, Bruno S./ Meißner, Werner, *Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie: Marxismus und Ökonomische Theorie der Politik*, Frankfurt/M (Fischer Athenäum) 1974: 176-185)

Damit hatte Kalecki die Nachkriegsentwicklung recht genau prognostiziert. Zunächst wurde der Wiederaufbau kreditfinanziert ("Marshall-Plan") angestoßen, daraus entwickelte sich ein langer Aufschwung, in dem selbst am Tiefpunkt des Konjunkturzyklus noch eine positive Wachstumsrate verzeichnet werden konnte. Damit kam es zur Vollbeschäftigung, die dann, trotz vorhandenem wirtschaftspolitischen Instrumentarium, aufgrund ihrer für die Besitzer von Erwerbsvermögen 'unerwünschter Nebenwirkungen' nicht mehr aufrecht erhalten werden sollte. Er kannte seine 'Zunft' gut genug, um anzufügen: "Es werden sich sicherlich ein paar Ökonomen finden, die die Situation als äußerst ungesund bezeichnen". Somit hatte er die Wende nach dem auslaufenden Nachkriegsboom zur neoliberalen Reaktion recht gut vorhersagen können. Und zwar aufgrund weniger Annahmen: 1. Vollbeschäftigung widerspricht dem Interesse der Unternehmer und Geldvermögensbesitzer, selbst wenn sie dabei höhere Gewinne bzw. Vermögenseinkommen erzielen würden. 2. Dieses Interesse wird von der akademischen Ökonomie wissenschaftsförmig legitimiert. 3. Das demokratische System begünstigt die Durchsetzung dieses Interesses.

Die Gegnerschaft gegenüber einer auf Beschäftigungssicherung gerichteten Politik beruht auf der Annahme, dass ökonomische Macht über Menschen ohne Unsicherheit und Angst auf die Dauer nicht möglich ist, dass soziale Sicherheit demokratisch-selbstbewusst macht, was marktradikalem Bereicherungsstreben im Wege steht. Daher ist es nur logisch, dass neoliberale Reaktion in den sozialen Bürgerrechten und somit substanzieller Demokratie die Gefahr schlechthin sieht. Da nun aber die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lohnabhängig und damit auf sozialstaatliche Regulierungen und Leistungen existentiell angewiesen ist, steht deren Bekämpfung im Interesse einer gesellschaftlichen Minderheit im antagonistischen Widerspruch zu einer lebendigen Demokratie aufgeklärter Bürger.

Allenfalls neoliberale Akademiker leisten es sich, den Sozialstaat offen abzulehnen. Parteien und Politiker sind darauf angewiesen, gewählt zu werden. Sie

'modernisieren' den Sozialstaat, 'passen ihn an', machen ihn 'zukunftsfest' oder 'retten' ihn gar. Und es finden sich immer Experten, die wissenschaftsförmige Argumente liefern, um zu zeigen, dass eine Politik 'vergeblich' ist (wie z.B. staatliche Ausgaben für Beschäftigung) oder 'in ihrer Wirkung den eigentlichen Zielen entgegen gerichtet' (z. B. Kündigungsschutz) oder eine Krisenursache (z.B. Erhöhung von Löhnen und Sozialleistungen) die zum Untergang des 'Standort Deutschland' führt. Auch die Moral wird gegen den Sozialstaat in Anschlag gebracht, weil er in Gestalt einer Sozialversicherungsrente den 'künftigen Generationen' schade, die darum schon präventiv vom Schutz gegen Altersarmut befreit werden. Moralisch verurteilt werden über die Verbreitung einer antisozialstaatlichen Herrschaftssprache auch die Sozialleistungsempfänger. Ausdrücke wie "Sozialschmarotzer", "soziale Hängematte" oder "'Anspruchsinflation" usw. sind in die Alltagssprache vieler Arbeiter und Angestellten eingegangen, die selbst auf den Sozialstaat angewiesen sind. Durch die Übernahme dieser Sprache werden sie sozusagen gegen sich selbst mobilisiert (oder zumindest sediert). Hinzu kommen die – ebenfalls über Wissenschaftsbetrieb und Medien vermittelten – angsterzeugenden Botschaften, wonach die eigenen Ansprüche als wichtigste Krisenursache zum Niedergang der Beschäftigungsperspektiven führen können.

3. Eine Demokratie lebt insoweit, als die große Mehrzahl der Bürger unabhängig von Eigentum, Geschlecht, ethnischen Hintergrund oder Weltanschauung wirklich Gelegenheit hat, sich an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, ihre Interessen durchzusetzen und wenn sie diese Gelegenheit auch aktiv und erfolgreich nutzt. Alle, die von einer Entscheidung betroffen sind, sollen an ihr mitwirken können und zwar in allen relevanten Lebensbereichen. Das ist die Substanz von Demokratie.

Der Begriff 'Demokratie' hat substantielle und formale Seiten. Beide sind notwendig und sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Jedoch ist die formale Demokratie – dazu gehört auch die Rechtsstaatlichkeit – nur insoweit demokratisch, wie sie die substantielle Demokratie gewährleistet. Welche Seite stärker betont wird und mehr Gewicht gegeben wird, ist historisch immer eine Machtfrage gewesen. Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen, vertreten durch konservative und wirtschaftsliberale Parteien tendieren dazu, Demokratie formal, als Einhaltung von Regeln und Funktionieren von Wahlen, des Parlaments und der Regierung zu definieren. Das tun sie in der Regel so lange, wie es ihnen möglich ist, in diesem Rahmen die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens in ihrem Interesse zu bestimmen. Soziale und demokratische Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften, die in der Tradition der Aufklärung und der menschlichen Emanzipation stehen, stellen hingegen eher die Substanz in den Vordergrund. Zentraler Gradmesser für Demokratie ist das

Maß, in dem die Interessen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit sich in der Gesellschaft realisieren.

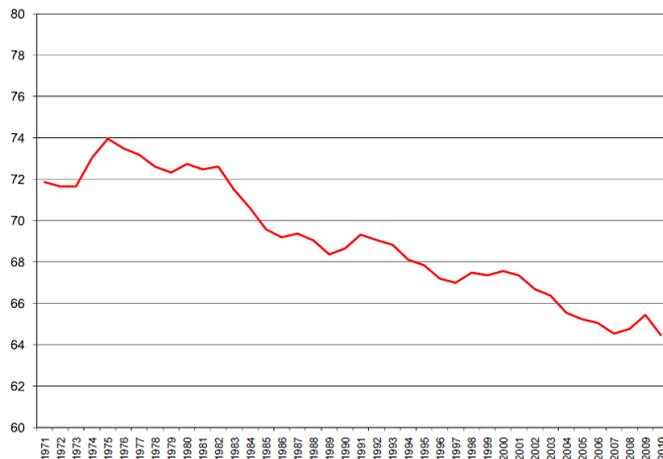
Die Verteilungsentwicklung bei Einkommen und Vermögen kann als Indikator für die wachsende soziale Ungleichheit in den reichen Ländern dienen. Die Tabelle 1 zeigt den Rückgang der Lohnquote, d. h. des Anteils der Arbeitseinkommen, von denen die überwiegende Mehrheit lebt, in den sieben reichsten kapitalistischen Ländern. Entsprechend gewachsen ist der Anteil der Vermögenseinkommen¹. Zugleich ist die sozialökonomische Ungleichheitstendenz ein Indikator für verstärkte Unter- und Überordnungs- und Ausbeutungsverhältnisse, ungleiche Lebenschancen und Gesundheit, persönliche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten und somit auch verstärkt unterschiedliche individuellen Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen. Die sinkende Lohnquote indiziert zugleich auch einen qualitativen Verlust an Macht und Einfluss der Lohnabhängigen insgesamt auf Regierungsentscheidungen.

In Deutschland ist seit der Vereinigung das Volkseinkommen um 56% gewachsen, die Lohneinkommen, also die Einkommen der überwiegenden Mehrheit, um 47% und die Gewinn- und Vermögenseinkommen, die einer Minderheit zufließen, um 78%. Als Folge der letzteren hat das private Geldvermögen, das sich auf eine noch kleinere Minderheit konzentriert um 202 % zugenommen (Stat. BA). Beim Geldvermögen, das von der Bundesbank ausgewiesen wird, handelt es sich nur um Geldforderungen. Das Vermögen in Fabrikanlagen, Gold und Schmuck oder Vermögen, das auf Offshore-Finanzplätzen angelegt ist ist weitgehend unbekannt, verteilt sich aber auf eine noch geringere Minderheit. In eine Marktgesellschaft bedeutet Vermögen nicht nur Kaufkraft und Status, sondern soziale Sicherheit, und selbst wenn man nur das Nettovermögen betrachtet, kann man unter dem Aspekt der Demokratie nun fragen, ob die Mehrheit der Bevölkerung einer Vermögensverteilung zustimmen würde, in der die Hälfte nichts und die oberen 10% zwei Drittel besitzt. Das aber ist die Realität (DIW, Sozioökonomisches Panel).

¹ Ironischerweise agieren die von den Vermögenseigentümern favorisierten Politiker und Parteien mit der Parole, Arbeit müsse sich wieder lohnen. Diese Kurve zeigt nun, für wen sie sich lohnt

Abbildung 1: Bereinigte Lohnquote der G7-Länder (1971-2010)

nach: Krämer, H. 2011 (IMK)



Quelle: EU-Kommission (2011). Ameco Datenbank, Stand 27.11.2010, eig. Berechnungen; Adjusted wage share, gewichtet mit der Zahl der Erwerbstätigen.

Alles Aspekte zusammengenommen kann man sagen: Eine Demokratie lebt nur insoweit, als die große Mehrzahl der Bürger unabhängig von Eigentum, Geschlecht, ethnischen Hintergrund oder Weltanschauung wirklich Gelegenheit hat, sich an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, ihre Interessen durchzusetzen und wenn sie diese Gelegenheit auch aktiv und erfolgreich nutzt. In einer substantiell demokratischen Gesellschaft werden alle öffentlichen Lebensbereiche, nicht nur die staatliche Regierung, demokratisch gestaltet.

Postdemokratie: Was gibt es zu wählen bei den Wahlen?

4. Ein Resultat der neoliberalen Reaktion ist nach dem britischen Soziologen Colin Crouch eine Entwicklung zur "Postdemokratie". Gemeint ist die starke Tendenz zur Ent-Demokratisierung der kapitalistischen Demokratien: deren Institutionen seien zwar formal intakt, es werde auch nach wie vor gewählt und dies führe durchaus zu Regierungswechseln, aber ohne substantiell veränderte Politik. Was den Bürgern an Demokratie sichtbar gemacht werde, seien weitgehend politische Inszenierungen, in deren Schatten hinter verschlossenen Türen die reale Politik gemacht werde. Tatsächlich werden in den Parlamenten Entscheidungen debattiert, die bereits getroffen worden sind, Gesetze verabschiedet, die von Lobbyisten in den Ministerien geschrieben werden, um dann der Öffentlichkeit als alternativlose Sachzwänge vermittelt zu werden. Regierungsmethoden – so Crouch –

entwickelten sich zunehmend in eine Richtung zurück, die für vor-demokratische Zeiten typisch war. Der Einfluss privilegierter Eliten, die zumeist die Interessen der mächtigsten Wirtschaftsgruppen vertreten, nehme zu. Postdemokratie ist eine Tendenz zur Oligarchie, beruhend auf einem Zusammenspiel von konzentrierter Wirtschaftsmacht, Regierung und Massenmedien.

Angesichts dieser Tendenz sehen sich die Bürger vorwiegend mit ihrer eigenen Ohnmacht konfrontiert, ihre Mehrheit bleibt daher passiv, schlecht informiert, schweigend und reagiert allenfalls auf die Signale, die man ihr gibt. Tatsächlich haben die Wahlen in den meisten EU-Ländern einen politisch weichenstellenden Charakter verloren und Eigenschaften bloßer 'Abwahlen' angenommen, mit der ein Teil der Bevölkerung jeweils seine Unzufriedenheit ausdrückt. Diese zunehmende Unzufriedenheit der Bürger ist Wind in den Segeln der jeweiligen 'Opposition', die anschließend – mit kleinen Variationen – genau so weiter regiert. So wurde beispielsweise nach der Abwahl des Kanzlers Kohl und seiner Ersetzung durch die rotgrüne Regierung Schröder und Fischer (1998-2005) dieselbe neoliberale Politik, derer sich die Wählermehrheit gerade hatte entledigen wollen fortgesetzt und gar noch erheblich forciert.

Wie war es dazu gekommen? Die schwarzgelbe Regierung Kohl (1982-1998) hatte den radikalen Neoliberalismus Thatchers und Reagans gegen das Drängen der geradezu fanatisierten akademischen Ökonomen in nur gemäßiger Weise nachvollzogen. Der deutsche Konservatismus der Nachkriegszeit hatte nach zwei verlorenen Weltkriegen gelernt, bei der Interessendurchsetzung Fragen des sozialen Zusammenhalts der Klassengesellschaft strategische Bedeutung zuzumessen. Der westdeutsche historische Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, Klassengesellschaft und Demokratie, bezeichnet als "Soziale Marktwirtschaft" und "Sozialpartnerschaft" (siehe weiter unten) war im Wesentlichen Werk der Adenauerschen CDU, dem sich die Sozialdemokratie nachvollziehend und ausgestaltend angeschossen hat.

Ohne Zweifel funktionierte die parlamentarische Demokratie in den meisten westlichen kapitalistischen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre im Sinne der Mehrheitsinteressen besser als heute. Die Deutschen haben sich die westdeutsche Demokratie nicht erkämpft, sie wurde ihnen von den westlichen Siegermächten des Weltkriegs aufgenötigt. Die – gemessen an einem substanziellen Demokratieverständnis – immanenten Begrenzungen dieses Demokratiemodells auf der gesellschaftlichen Grundlage einer kapitalistischen Klassengesellschaft sind von Johannes Agnoli (1967) in einer bis heute gültigen, bzw. an Gültigkeit noch zunehmenden, Weise herausgearbeitet worden. Stellt man dies in Rechnung, dann wurde die Mehrheit der Lohnabhängigen, wenn auch zunächst nur in ihrer eher passiven Eigenschaft als Wähler, an der politischen Willensbildung beteiligt. Gegen Ende der 1960er und Anfang der 1970er begann ein demokratischer Aktivierungsprozess in den meisten westlichen Ländern, die Beteiligung an Arbeitskämpfen

und Demonstrationen nahm zu und erste Bürgerinitiativen wurden aktiv. Das Resultat war ein Ausbau der individuellen, politischen und auch die sozialen Bürgerrechte in einer bislang ungekannten Weise.

Als mit der Vollbeschäftigung die sozialökonomische Basis dieses Kompromisses erodierte stärkte dies in Unternehmerverbänden und Staat die Kräfte, die ihn aufkündigen wollten. Zunehmendes Gewicht verliehen ihnen die Erfolge von Thatcher und Reagan. In der Weltwirtschaft traten historisch erstmals Stagnation und steigende Inflationsraten zugleich auf. Das ermöglichte eine effektive ideologisch-theoretische Kampagne gegen keynesianische Beschäftigungspolitik. Die von Kalecki prognostizierte Situation war eingetreten: "Es fanden sich einige Ökonomen...". Der nun aufkommende Monetarismus war zwar eine Theorie zur Geld- und Finanzpolitik, aber seine Hauptfunktion bestand darin, das Konzept einer aktiven staatlichen Beschäftigungspolitik zu ersetzen, ging es doch darum, die disziplinierende Funktion der 'Reservearmee' wieder in Gang setzen (wozu allerdings auch die sozialen Sicherungen liberalisiert werden mussten). Die Stunde der neoliberalen Reaktion hatte geschlagen.

Die neoliberale Ideologie schien dem ins Stocken geratenen Kapitalismus ('Stagflation') wieder eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, die auch in den Mittelschichten zunehmend als positive Verheißung von globaler Offenheit und individuelle Freiheit empfunden wurde. Gegen Ende der Kohl-Ära drückte sich in Propagandaschlagworten wie "Reformstau" und "verkrusteten Strukturen" die aufgestaute interessierte Unzufriedenheit mit der Kohlschen Mäßigung aus. Euhorisierte Journalisten in den liberalen Medien verbreiteten die Heilsbotschaften mit der Intensität einer Gehirnwäsche. Es entzündete sich eine neue Art von marktgläubigem und antisozialstaatlichen 'middle class radicalism', der die bis dahin gekannten Grenzen des Konservatismus und Wirtschaftsliberalismus weit überschritt. Dieser ideologischen Welle bedienten sich die kapitalaffinen Kräfte bei SPD und Grünen, um sich ihrer innerparteilichen Rivalen und der Reste ihrer sozialetischen Substanz zu entledigen². In die Regierung gelangt, konnten sie auf eine parlamentarische 'Opposition' zählen, die nicht gegen ihre Politik opponierte, denn es war ja ihre eigene. Kritik lautete 'Nicht genug und Mehr davon'. Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der akademischen Experten gaben Rückenwind. Ihre Einheitlichkeit und ihr wissenschaftliches Niveau unterschied sie sich nur in der Wortwahl von denen der meisten Journalisten oder der Stammtische. Jeder war Experte, weil er genau wusste, dass nur mit Privatisierung, Flexibilisierung und 'Wettbewerb' die Welt zu retten ist. Auch die Kritik des gewerkschaftlichen Mainstreams – soweit es sich nicht um Rhetorik handelte, mit der Mitgliederproteste integriert werden

² Belege für die Richtigkeit des Attributs kapitalaffin haben viele der inzwischen aus dem Politikbetrieb ausgeschiedenen Minister, Kanzler oder Staatssekretäre selbst erbracht, indem sie sich auf die Gehalts-, Honorar- oder Zuwendungsliste großer Konzerne oder deren Interessenverbände haben setzen lassen. Beispiele finden sich bei Rose (201), Müller 2006; <http://www.lobbycontrol.de/blog/>,

sollten – blieb 'konstruktiv', wollte man doch den eigenen Parteifreunden das Regieren nicht allzu schwer machen. Sowohl an der Teilprivatisierung der Renten als auch an der 'Hartz-Kommission' war man beteiligt. Auch die neoliberalen Protagonisten anderer Länder, wie Clinton und Blair wurden von der politisch 'linken' Hälfte der Bevölkerung gewählt. Wenn alle machtrelevanten Gruppierungen einer Gesellschaft aber die Probleme durch dieselbe, nach den Interessen des großen Kapitals geschliffene Brille betrachten, wird die daraus gefolgerte Politik faktisch – im negativen Sinne – alternativlos. Auch die radikalere Linke hatte der neoliberalen Hegemonie nicht viel entgegenzusetzen. Wie nicht nur das italienische Beispiel zeigt, hat sie sich unter ihr regelrecht zersetzt.

Es macht die historische Hegemonie der neoliberalen Reaktion in den westlichen Demokratien aus, dass sie sich nicht nur auf die mit dem Besitzbürgertum verflochtenen traditionell konservativen und wirtschaftsliberalen Gruppierungen stützen kann, sondern auch sozialdemokratisch bzw. sozialliberal und grün getragen und sogar vom Mainstream der Gewerkschaften zumindest nicht bekämpft wird. Letzterer hat sich beispielsweise mit der Konzeption so genannter Bündnisse für Arbeit und der 'Stärkung des Standorts Deutschland' im internationalen Wettbewerb auf den Boden des neoliberalen Dogmas gestellt, wonach "Lohnzurückhaltung" Beschäftigung sichere. Arbeitslosigkeit und Instabilität wurde nun zunehmend in Gestalt wachsender Handelsbilanzüberschüsse ins Ausland exportiert. Meinungsumfragen zeigten, dass das Volk sowohl die Zerstörung des lebensstandardsichernden Rentensystems als auch die Verwandlung der Arbeitslosenversicherung in ein Repressionsinstrument mehrheitlich ablehnte, aber die parlamentarischen Repräsentanten stimmten mit erdrückender Mehrheit zu. Wen haben sie repräsentiert?

Die rotgrüne Regierungszeit hat noch ein andere Frage aufgeworfen: was wird eigentlich bei Wahlen gewählt? Der Wahlsieg von 1998 verdankte sich dem Wunsch der Wählermehrheit nach politischer Umkehr. Gewählt wurde subjektiv die Bewahrung des Sozialstaats, eine Friedenspolitik in der Tradition Willy Brands und der Beginn einer grundlegenden ökologischen Erneuerung. Betrieben wurde das genaue Gegenteil: der soziale und demokratische Charakter der Bundesrepublik wurde tiefgreifender gegen die Interessen der Arbeitnehmer verändert als das je zuvor unter christdemokratischen Kanzlern der Fall war: Liberalisierung der Leiharbeit, Entrechtung der Arbeitslosen, bedingungslose Zumutbarkeit von Jobangeboten, Sanktionierung und Verarmung durch die Hartz-Gesetze, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Abschaffung der den Lebensstandard sichernden Altersrente und deren Teilprivatisierung, Rente mit 67, Verschleuderung öffentlichen Eigentums, Reduzierung des öffentlichen Dienstes auf ein international unterdurchschnittliches Niveau, Vernachlässigung der öffentlichen Investitionen usw. Die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen beim Verkauf von Kapitaleigentum und die Liberalisierung der Kapitalmärkte ermöglichten de facto erst die Spekulationskrise in Deutsch-

land. Mit dem ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr (Jugoslawien) und Teilnahme am völkerrechtswidrigen Krieg in Afghanistan, wurde Tabus gebrochen, die im Bewusstsein einer breiten Mehrheit der Deutschen nach dem Weltkrieg entsprochen haben.

Mit Bezug auf die Postdemokratie fragt sich nun, was es für die Institution Wahlen bedeutet, dass nicht eine dieser Politiken in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen von 1998 zu finden ist. Aus damaligen Meinungsumfragen geht eindeutig hervor, dass diese Regierung niemals gewählt worden wäre, wenn die Wähler 1998 und 2002 gewusst hätten, was sie tatsächlich wählen. Es wurde das Gegenteil dessen realisiert, was die Mehrheit mit ihrer Wahl zum Ausdruck bringen wollte. Kann man tatsächlich davon sprechen, dass die Wahlen und die repräsentative Demokratie funktionieren?

Ein weiteres Merkmal von Postdemokratie kommt hinzu: Ein Teil des Führungspersonals nutzt die politische Tätigkeit als Sprungbrett für lukrative Geschäfte und Posten, meist bei Unternehmen oder Verbänden, denen mit den konkreten politischen Entscheidungen gut in die Karten gespielt worden war (Rose 2011). Es ist nur logisch, dass eine solche Politik durch Verletzung der bis dahin vorhandenen parlamentarisch-demokratischen Sitten und Strukturen durchgesetzt werden konnte. Verletzungen von Normen gibt es immer, aber selbst in der Verletzung werden sie noch anerkannt, solange sie bestritten werden und solange gelogen wird. Aber seit Schröder Fischer, Clement usw. werden Komplizenschaft und Käuflichkeit offen vorgezeigt und die ungeschriebenen Gesetze zersetzt. Ähnliche Entwicklungen beobachtet man in allen vergleichbaren Ländern (z. B. USA, Italien, Großbritannien, Frankreich).

Die skizzierte Entwicklung zur Postdemokratie wurde vorangetrieben durch die weitere Entmachtung des Parlaments, Verlagerung der Legitimationsdiskurse in Sachverständigen- und Expertengremien (z.B. Hartz-Kommission) und Talkshows oder auch die Durchsetzung der Ministerialbürokratie mit Lobbyisten, die auf den Lohnlisten von Konzernen und Verbänden stehen usw. (dazu Rose 2011); auch dies offiziell.

Damit verstärken sich die Ohnmachtsgefühle mit dem Effekt, dass ein steigender Teil der Bevölkerung sich gänzlich aus dem politischen Willensbildungsprozess zurückzieht bzw. ausgeschlossen wird. Die Funktionsfähigkeit der "ideologischen Mächte" (Medien, Wissenschafts- und Expertenbetrieb, Public Relation, Prominente etc.) reichte bislang aus, um größere Irritationen durch s. g. Protestwähler entweder zu verhindern oder alsbald zu re-integrieren. In bestimmten Fällen leistet der Repressionsapparat einen zusätzlichen Beitrag wie etwa durch die umfangreichen Demonstrationsverbote gegen die bankenkritische Bewegung in Frankfurt im Mai 2012.

Diese Prozesse von Ohnmachtserfahrung und Rückzug, die in den Vereinigten Staaten bereits früh eingesetzt haben und dort zu sehr niedrigen Wahlbeteiligungsquoten führten, sind auch in Deutschland vorangeschritten. Das wird

zwar rhetorisch bedauert, hat aber keine Korrekturen zur Folge, da die herrschende Machtkonstellation damit nicht herausgefordert, sondern eher sogar stabilisiert wird. Tiefergehender und nachhaltiger dürften sich aber die Veränderungen auf die Lebenslage der Arbeiter, 'Angestellten und Rentner auswirken, die durch die in dieser Konstellation durchgesetzten 'Reformen' in Gang gesetzt wurden.

Zunehmende Unsicherheit und soziale Angst

5. Unter substantiell demokratischen Verhältnissen würden sich längerfristig keine politisch steuerbaren Entwicklungen durchsetzen, denen eine informierte Mehrheit im Bewusstsein der Konsequenzen für ihre Lebensführung, ihre individuelle sowie politischen Handlungsfähigkeit widersprechen würde. Die seit den 1980er Jahren, besonders dynamisch aber seit Jahrhundertbeginn ansteigende sozialökonomische Unsicherheit und Ungleichheit ist sowohl Resultat einer dem Mehrheitsinteresse entgegengesetzten undemokratischen Politik, als auch gesellschaftliches Hindernis für die Entwicklung einer lebendigen Demokratie.

Susanna Camusso, die Generalsekretärin des italienischen Gewerkschaftsverbandes CGIL antwortete auf die Frage eines Journalisten, wodurch sich die Arbeiter heute von denen der 1970er Jahre unterscheiden: "Sie haben mehr Angst, die Spaltung schwächt sie". Das ist kein 'Versagen' neoliberaler Politik, sondern ihr Ziel. Wie oben skizziert sehen die Wirtschaftseliten in Vollbeschäftigung und sozialstaatlichen Bürgerrechten (d.h. Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie) ihre Interessen fundamental gefährdet. Kalecki hat gezeigt, dass in den parlamentarischen Systemen aus der Position der ökonomisch Mächtigen **soziale Angst** als unverzichtbare Herrschaftsgrundlage betrachtet wird. Ebendiese soziale Angst zersetzt jedoch die subjektiven Voraussetzungen zur Demokratie.

Soziale Angst ist ein Affekt von Handlungsfähigkeit, sie resultiert aus ungesicherten Lebensverhältnissen und Ohnmacht, und strahlt auf alle Lebensbereiche aus. Sie macht Menschen unfrei, zwingt sie, Dinge zu tun, die sie sonst niemals tun würden, sich anzupassen und zu unterwerfen, wo sie es sonst nicht tun würden. Sie macht besorgt bis zur Lähmung, sie nimmt Lebenskraft und liegt wie Mehltau auf dem Leben. Angst macht krank, sowohl unmittelbar als auch indem sie die Menschen daran hindert, sich krankmachenden Bedingungen zu entziehen oder sich diesen gegenüber zu stärken, um sie zu verändern (Kühn 2010). Angst macht scheu und autoritätsfürchtig. Daher ist soziale Angst funktional für Herrschaftsverhältnisse.

Die meisten Bürger brauchen, um ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familien sicherzustellen unbedingt ein Beschäftigungsverhältnis. Sie sind davon abhängig und unterwerfen sich daher einem Herrschaftsverhältnis, in dem

über sie und die Resultate ihrer Arbeit verfügt wird. So gesehen ist ein gewisses Maß an sozialer Unsicherheit und latenter Angst eine Grundbedingung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Diese spezifische Daseinsangst ist für die meisten Arbeiter und Angestellten stets unbestimmt und vage im Hintergrund, auch im Unbewussten, vorhanden. Sie kann aber jederzeit situationsbezogen in den Vordergrund treten. Das ist seit Jahren in zunehmendem Maße der Fall, wie viele Studien und Umfragen zeigen.

Ob und wie weitgehend dies der Fall ist, hängt von vielen Bedingungen ab:

- Knappheit der Arbeitskräfte, spief. Konjunktur, Branche
- Arbeitsrechtlichen Grundlagen (z.B. Kündigungsschutz, Arbeitskampfrecht etc.
- Soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Berufsunfähigkeit
- Gewerkschaftlicher Stärke
- Bildung, insbesondere auch gesellschaftliche und politische Bildung
- individuelles und kollektives Selbstwertgefühl ('Moral')
- ...

Einschnitte wie die Transformation der Arbeitslosenversicherung in ein Repressionsinstrument und die enorme Ausweitung eines Beschäftigungssektors mit prekärer Beschäftigung und schlechten Löhnen führten zur Zunahme von Angst nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, sondern auch bei den "normal" Beschäftigten. Studien fanden:

- Erhöhte Anpassung (unbezahlte Mehrarbeit, immer intensivere Arbeit), erhöhte Hinnahmefähigkeit gegenüber ungesunden, stressigen Arbeitsbedingungen, höhere Krankheitsraten bei besonders Betroffenen (Kühn 2010)
- Konkurrenzkampf unter den Beschäftigten bis zum immer mehr sich ausbreitenden Mobbing
- Verwilderung der Herrschaftsbeziehungen in der Arbeit. Viele fühlen sich der Willkür ausgeliefert.
- Angst wird bewusst hoch gehalten. Man spricht von einer "Kultur der Ungewissheit" in den Betrieben, z. B. Gerüchte über drohende Betriebsverlagerungen etc.

Hartmut Rosa hat die psychische Situation eines wachsenden Teils der heutigen Beschäftigten treffend zugespißt:

"Wenn ein totalitäres Regime sich etwa dadurch auszeichnet, dass seine Untertanen nachts schweißgebadet, mit rasendem Puls und dem Gefühl einer unerträglichen Last auf der Brust: ja mit existentieller Angst, aufwachen, dann leben wir unter einem totalitären Steigerungsregime: Vermutlich kennen Bürger spätmoderner liberalkapitalistischer Gesellschaften dieses Gefühl in weit höherer Zahl und in größerem Maße als die Un-

tertanen fast aller politischer Diktaturen. Ihre Angst gilt nicht dem Geheimdienst oder den Schergen eines Tyrannen. Sie wachen auf aus Sorge, nicht mehr mitzukommen, nicht mehr auf dem Laufenden zu sein, die Aufgabenlast nicht mehr bewältigen zu können, abgehängt zu werden – oder in der erdrückenden Gewissheit (etwa als Arbeitslose oder Ausbildungsabbrecher) bereits abgehängt zu sein" (Rosa 2009: 117-8).

Wie kann sich Demokratie in einer Gesellschaft entfalten, deren wirtschaftlich aktiver Teil in einem 'totalitären Regime' arbeitet und davon abhängig ist?

6. Eine der Innovationen der rotgrünen Bundesregierung (1998-2005) bestand darin zu erkennen, dass die disziplinierende Funktion einer 'Reservearmee' von Arbeitslosen auch dann aufrechterhalten werden kann, wenn ein Teil der Arbeitslosen in prekäre und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse gezwungen wird. Die Hartz-Gesetze zielten auf einen unter Herrschaftsaspekten mehrfachen Vorteil:

1. Sie stellten den Unternehmen eine gut verwertbare Masse quasi rechtloser Arbeitskräfte zur Disposition zur Verfügung und verstärkten die Disziplinierung und Hinnahmefähigkeit der Beschäftigten;
2. sie kosteten den Staat weniger Geld;
3. sie erhöhten spürbar den Druck auf die Löhne und Gehälter und begünstigten die Umverteilung von unten nach oben;
4. die Arbeitslosenstatistik wird entlastet.

An diesen Kriterien gemessen war die neoliberale Politik erfolgreich.

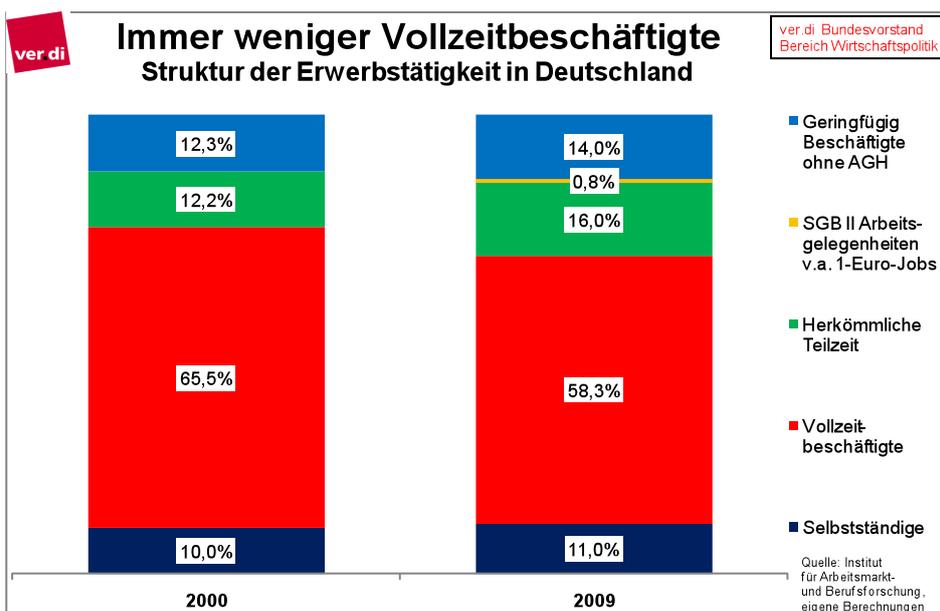
Mit der 'Agenda 2010' wurde ein Instrument zur Ausdehnung eines Marktes für Arbeitskräfte minderer Rechte und Einkommen geschaffen. Die Institution der Arbeitslosenversicherung wurde eines Großteils ihrer sozialen Sicherungsfunktion entkleidet und in ein Repressionsinstrument transformiert. Im 'Aufschwung' der Jahre nach 2005 wurde bis 2009 die Zunahme von 1,6 Mio. Arbeitsplätzen gefeiert (Abb. 2). Aber die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse mit normaler Vollzeit war nicht gestiegen, sondern um 900 000 zurückgegangen. Eine ebenso große Zahl von Teilzeitarbeitsplätzen war hinzugekommen und die Zahl der Scheinselbständigen, der Ein-Euro-Jobber, geringfügig Beschäftigten und Leiharbeitskräfte hat stark zugenommen.

Abbildung 2: 'Jobwunder' und die Art der Beschäftigungsverhältnisse



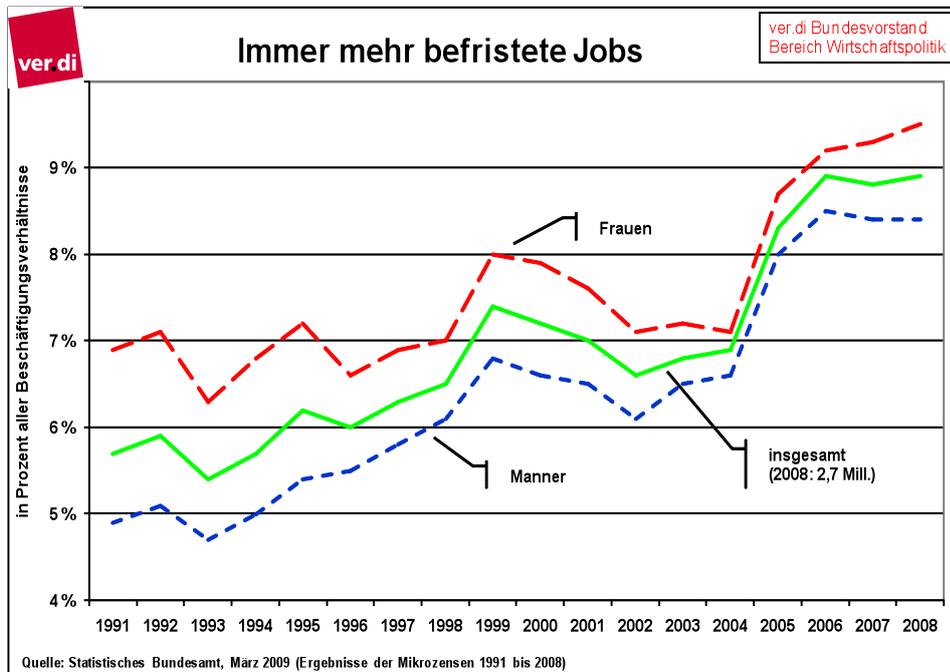
Wie die Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigen ist dank der neoliberalen 'Reformen' der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse, die man immer noch als 'normal' betrachtet in nur 9 Jahren von ohnehin nur 65,5% auf 58,3 % gefallen.

Abbildung 3: Struktur der Beschäftigung nach Beschäftigungsverhältnissen



Das von diesem Wandel der Beschäftigungsverhältnisse ausgehende Maß an sozialer Unsicherheit und die Bedrohungsgefühle auch bei den Vollzeitbeschäftigten ist enorm und wird zudem noch durch einen Trend zu immer mehr befristeten Jobs verstärkt (Abb.4).

Abbildung 4: Zunahme befristeter Beschäftigungsverhältnisse



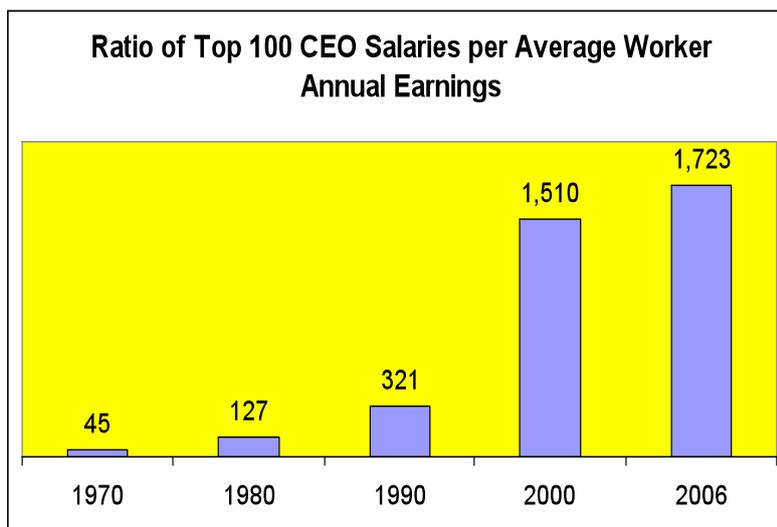
Die amerikanische Dichterin Adrienne Rich sagt: "If you are trying to transform a brutalized society into one where people can live in dignity and hope, begin with empowering of the most powerless. You build from ground up". Die sozialdemokratisch-grüne Regierung Schröder/Fischer hat genau das Gegenteil getan: sie hat die Machtlosen der Gesellschaft noch ohnmächtiger gemacht, dem Leben vieler Menschen Würde und Hoffnung genommen und die Gesellschaft 'brutalized'. Sowohl die Methoden der Durchsetzung der 'Agenda 2010' als auch deren gesellschaftlichen Folgen sind Marksteine auf dem Weg in die Postdemokratie.

Wachsende Ungleichheit

7. Da die große Bevölkerungsmehrheit auf sichere Beschäftigung mit auskömmlicher Entlohnung angewiesen ist, kann aus deren Entsicherung und dem damit einhergehenden Machtverlust nichts anderes folgen, als eine dramatische Verschlechterung des Lohnniveaus und der sozialökonomischen Ungleichheit.

Die neoliberale Strategie hat weltweit verringerte Wachstumsraten hervorgebracht. Die globale Entfesselung der Marktkräfte führte dazu, dass die Unterlegenheit der Schwächeren gegenüber den Starken zugenommen hat, national und international. Um die Reichen reicher zu machen, muss das Sozialprodukt ('Wachstum') nicht zunehmen, nur der Anteil der Vermögenseinkommen. Es kommt, so hatte Marx es formuliert, weniger auf die Größe der Schüssel als auf die der Löffel an. Die weltweite Deregulierung und Entrechtlichung der Märkte erlaubte es den Mächtigen, insbesondere den global agierenden Konzernen, nun den größeren Löffel in die Hand zu nehmen. Es bestätigte sich das Rousseau zugeschriebene Wort, wonach zwischen dem Starken und dem Schwachen es die Freiheit sei, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit (zit. n. J, Ziegler, Die Zeit v. 28.5.98). Ein eindrucksvoller statistischer Indikator ist die historische Entwicklung des Vielfachen der Top 100 Jahreseinkommen der amerikanischen Vorstandschefs am Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers. Es war 1970 45-fach und wuchs bis 2006 auf das 1723-fache (Abb. 5).

Abb. 5: Verhältnis der Top 100 Managereinkommen zum Jahresdurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer



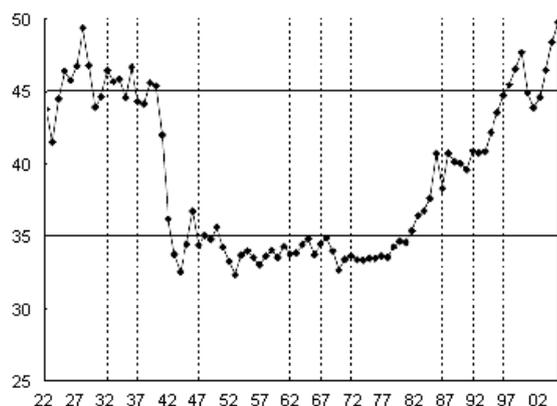
<http://www.urpe.org/conf/brooklyn/brooklynvideos11.html>

Die neoliberale Wende wäre aber niemals eingetreten, wenn nicht auch die Dienstklassen der sozialen Oberschicht (s. unten) begünstigt worden wären. So stieg in den Vereinigten Staaten der Anteil der oberen 10 Prozent am Gesamteinkommen von einem 'Tal' in den 1940er bis Mitte der 1970er Jahre von

unter 35 % wieder auf die Höhen der Zeit während der Weltwirtschaftskrise um 1929 (Abb. 6). Dieses 'Tal' repräsentiert zugleich eine Epoche relativer demokratischer Belebung. Beides zusammen war es auch, was die neoliberale Reaktion auf den Plan gerufen hat (Glyn 2006, Harvey 2005, Klein 2009). Der Wechsel des wirtschafts'wissenschaftlichen' und –politischen Paradigmas seit den 1980er Jahren ist im Wesentlichen eine, durch objektive Krisenerscheinungen begünstigte, Folge veränderter Kräfteverhältnisse zulasten der Lohnabhängigen in den reichen Ländern und zu Lasten der armen Länder global.

Abb.6: Anteil der oberen 10% am Einkommen in den USA

05159: Anteil der obersten 10 % am Markteinkommen in USA
1922 - 2006 in %

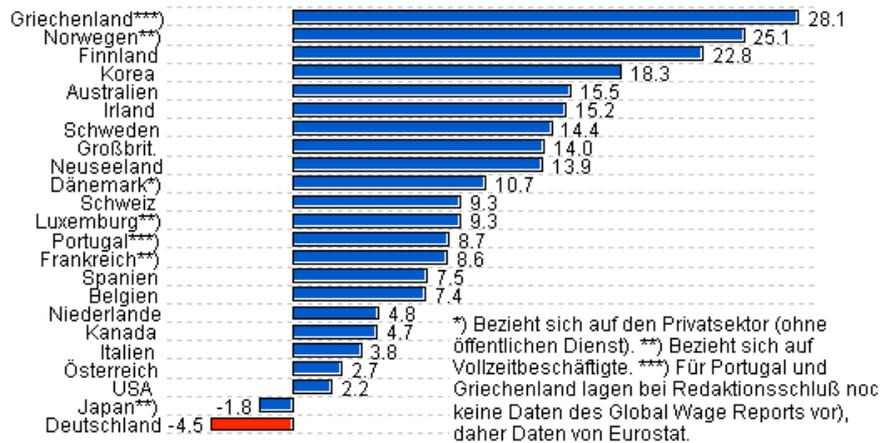


Quelle: Piketty and Saez (2003), series updated to 2006. Income is defined as market income including capital gains. In 2006, top decile includes all families with more than \$104,700 of annual income. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

Die Abbildung 7 zeigt die inflationsbereinigte Lohn- und Gehaltsentwicklung von 23 industriell entwickelten Ländern nach Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zwischen 2000 und 2009. Darunter gibt es mit Japan (-1,8%) und Deutschland (-4,5%) nur zwei Länder mit absolut sinkenden Löhnen.

Abbildung 7: Löhne im internationalen Vergleich (2000 - 2009)

15613: Lohn- und Gehaltsentwicklung in 23 entwickelten Ländern 2000 bis 2009 (kumuliert in %, inflationsbereinigt)

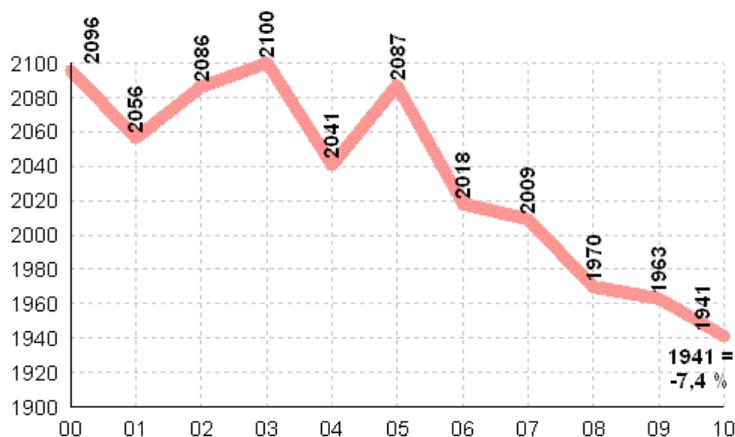


Quelle: ILO Global Wage Database 2010/11. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Das Bild wird aber erst plastisch, wenn die Binnenverteilung der Einkommen betrachtet wird. Das Sozioökonomische Panel 2010 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass das untere Zehntel zwischen 1999 und 2009 9,6% verlor, während das oberste Zehntel 16,6% hinzugewann. Bereits das zweitoberste Dezil verzeichnete nur noch eine Steigerung von 3,2 %. Die Zahl der Menschen, die von Einkommen unter der Armutsgrenze leben müssen ist um ein Drittel auf 11, 5 Millionen gestiegen (Wiss. Beirat attac 2011).

Abbildung 8: Fallendes Medianeinkommen in Deutschland 2000 - 2010

17189: Durchschn. reales Bruttoeinkommen/Monat in Euro

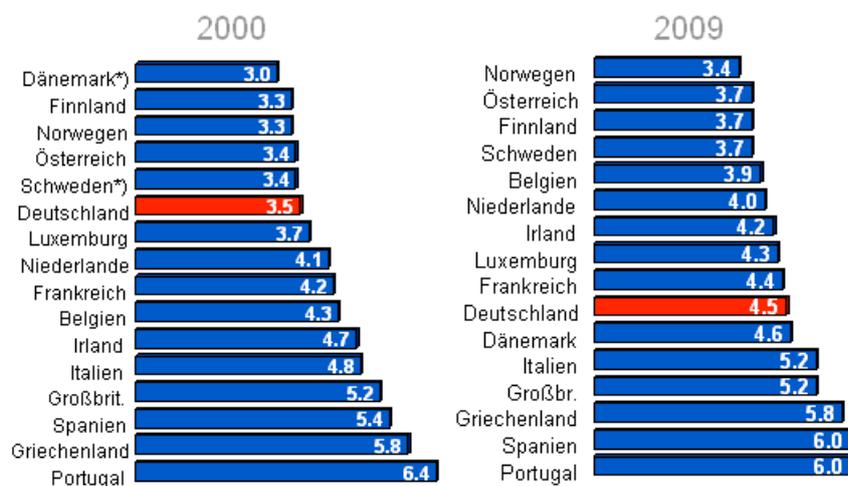


Quelle: DIW, Wochenbericht 9.11.11, Medianeinkommen. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Innerhalb von 10 Jahren ist das Medianeinkommen, d. h. dasjenige Einkommen, das die Erwerbsbevölkerung jeweils genau in zwei Hälften teilt, um 7,4 % gefallen, was auf drastisch wachsende Ungleichheit schließen lässt. Aus der Abbildung 9 ersieht man, dass im Jahr 2000 das Durchschnittseinkommen des obersten Fünftels der Einkommensbezieher das 3,5-fache des Durchschnitts der 'restlichen' 80 % betrug, während es nur neun Jahre später bereits 4,5 mal so hoch war. Im europäischen Vergleich (Abb. 9) ist Deutschland in der Ungleichheitsskala aus der unteren in die obere Hälfte gewandert.

Abbildung 9: Wachsende Einkommensungleichheit

12247: S80/S20-Quintilverhältnis der Einkommen



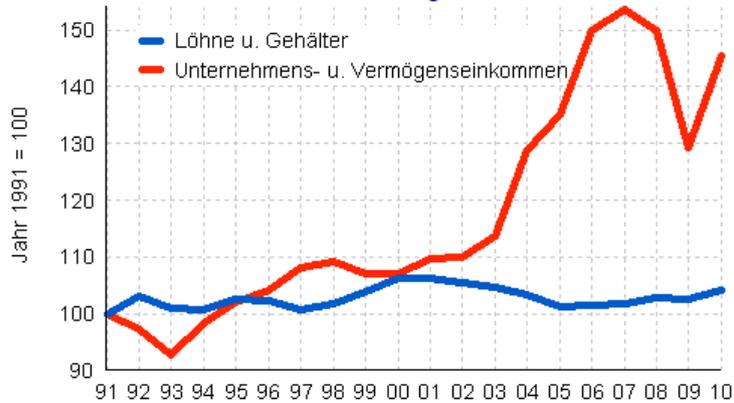
Quelle: Eurostat, *) 2001. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Es ist sowohl die Ungleichheit innerhalb der Bezieher von Arbeitseinkommen größer geworden, mehr aber noch zwischen den Arbeitseinkommen und den Vermögenseinkommen, die ohne eigene Arbeitsleistungen erzielt werden (Abb. 10). Die Unterschiede sind untertrieben, da die geringen Vermögenseinkommen der Lohnabhängigen die rote Kurve senken und die sehr hohen Einkommen von Personen, die nicht vom Lohn abhängig sind, die blaue Kurve anheben.

Die wachsenden Einkommensunterschiede führen zu einer noch stärker ungleichen Vermögensverteilung. Während die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen dieses mittelfristig gänzlich konsumieren, wird der größte Teil der sehr hohen Einkommen zur Vermögensbildung genutzt. Das Vermögen wiederum generiert zusätzliche Einkommen, die dann ebenfalls akkumuliert werden.

Abbildung 10: Quoten de Brutto-Arbeitseinkommen und der Brutto-Vermögenseinkommen 1991-2010

16010: Entwicklung von Arbeitnehmerentgelt sowie Unternehmens- u. Vermögenseinkommen

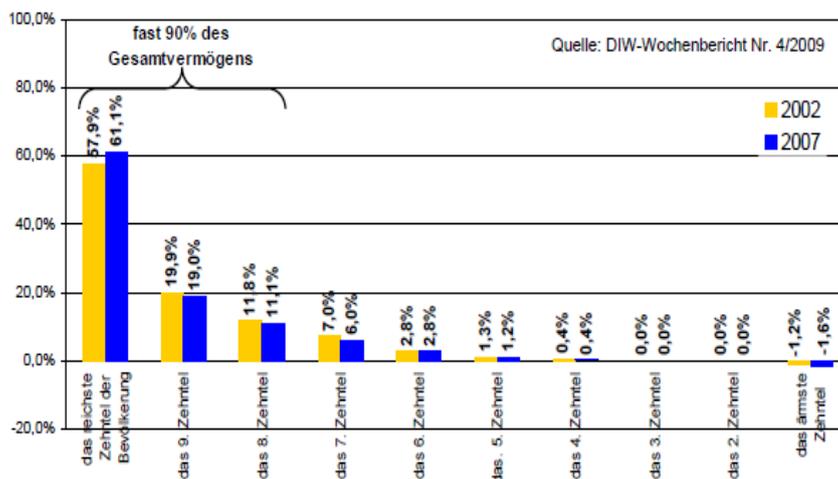


Quelle: Statistisches Bundesamt. Unternehmens- und Vermögenseinkommen BIP-deflatorbereinigt, Arbeitnehmerentgelt verbraucherpreisbereinigt. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Die Daten über Höhe und Ungleichheit der Vermögen sind untertrieben, da ein Teil der Geldvermögen unversteuert in Steueroasen verbracht wird und der Wert der Anlagevermögen, insbesondere der in Immobilien und Produktionsstätten angelegten nicht realistisch bewertet ist. Auch sind die Superreichen in dem Panel stark unterrepräsentiert. Die Daten des DIW umfassen nur die Nettogeldvermögen plus Immobilienvermögen. Sie lassen dennoch einen deutlichen Trend erkennen (Abbildung 11). 90 Prozent des deutschen Gesamtvermögens ist im Besitz von einem Drittel der Bürger, das oberste Zehntel kommt 2007 auf 61,1 %, nur 5 Jahre vorher waren es noch 57,9 %. Saldiert man die Schulden des untersten mit den geringen Ersparnissen des 5. Zehntels, dann ist die Hälfte der Bürger ohne jedes Vermögen, eigentumslos. Der vom DIW in der kurzen Periode ermittelte Vermögenszuwachs in nur 5 Jahren fand fast ausschließlich nur im 99. Perzentil statt. Bach (DIW) bezog in die Berechnungen zusätzlich geschätzten Angaben ein, die das Manager Magazin (ähnlich wie Forbes in den USA) über die Superreichen veröffentlicht. Danach muss die Abb. 11 so korrigiert werden, dass den reichsten 0,1 Prozent 22,5 Prozent des Gesamtvermögens gehört, die reichsten 10 Prozent 66,6 Prozent (Wissenschaftlicher Beirat 2011).

Abbildung 11:

Verteilung des Nettovermögens in Deutschland 2002-2007



Für die USA sei eine Zusammenfassung von Robert Reich (UC Berkley, ehemaliger Arbeitsminister unter Präsident Clinton) angefügt:

"It is not a complicated story. Begin with what's happened to the typical American, whose wages have been stagnant for thirty years. Today's typical 30-year-old male (if he has a job) is earning the same as a 30-year-old male earned three decades ago, adjusted for for inflation. (Although women are doing better than they did 30 years ago, their wages still trail men's.) The bottom 90 percent of Americans now earn, on average, only about \$280 more per year than they did thirty years ago. That's less than a 1 percent gain over more than a third of a century. Families are doing somewhat better but that's only because so many families now have to rely on two incomes.

But wait. The American economy is more than twice as large now as it was thirty years ago. So where did the money go? To the top. The richest 1 percent's share of national has doubled – from around 9 percent in 1977 to over 20 percent now. The richest one-tenth of 1 percent's share has tripled. The 150,000 households that comprise the top one-tenth of one percent now earn as much as the bottom 120 million put together. Given this explosion of income at the top you might think our tax system would demand a larger share from them. But you'd be wrong. You're not taking account of the power of the super rich. **As income and wealth have risen to the top, so has political power. As a result, their taxes have plummeted.**

From the 1940s until 1980, the tax rate on the highest earners in America was 70 percent or higher. In the 1950s, it was 91 percent. Even if you include deductions and credits, the rich were paying a far higher share of their income than at any time since. Under Ronald Reagan the top rate dropped to 28 percent. Under Bill Clinton it rose to 39 percent and then under George W. Bush dropped to 36 percent. As you recall, Republicans have managed to keep it there. Their avowed aim is to keep it there permanently.

Meanwhile, estate taxes (which hit only the top 2 percent) have been slashed, as have taxes on capital gains – which comprise most of the income of the super rich. In the late 1970s, capital gains were taxed at well over 35 percent. Under Bill Clinton, the capital gains rate was 20 percent. Now it's 15 percent" (<http://robertreich.org/post/3591689800>, 30.03.2012).

Die sozialökonomische Ungleichheitstendenz drückt nicht nur eine Schere der Ressourcenausstattung aus, sie ist zugleich ein Indikator für verstärkte Unter- und Überordnungs- und Ausbeutungsverhältnisse, ungleiche Lebenschancen und Gesundheit, persönliche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten und somit auch verstärkt unterschiedliche individuellen Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen. Dazu kommt – auch das lässt sich empirisch nachweisen – dass wachsende Ungleichheit auch das gesellschaftliche Zusammenleben negativ beeinträchtigt in einer Weise, die den kulturellen und kommunikativen Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie zuwiderläuft.

Wilkinson (2004, 2007) belegt das für zahlreiche Länder, für Deutschland ermittelten Heitmeyer et al. (2002, 2012) in den Jahren 2002 bis 2011 eine Tendenz zur "rohen Bürgerlichkeit", die ein gravierender Aspekt dieses generellen Phänomens zu sein scheint.

Deutschland weist unter den westlichen Demokratien zwar noch vergleichsweise moderate Ungleichheitswerte auf, aber die Geschwindigkeit, mit der sie sich seit dem Jahr 2000 erhöhen ist weit überdurchschnittlich. Wie Robert Reich für die USA resümiert ist – wenngleich noch auf einem etwas niedrigeren Niveau – die Tendenz auch in Deutschland : **"Wie die Einkommen und Vermögen sich in der Oberklasse konzentrieren, so auch ihre politische Macht, und als Resultat sinken ihre Steuern"**. Eine informierte breite Mehrheit würde es in einer lebendigen Demokratie wahrscheinlich nicht zulassen, dass sich die kleine Minderheit der reicher werdenden Reichen zunehmend weniger an den Steuerlasten für die öffentlichen Aufgaben beteiligt.

Ein Indikator für die Entlastung auf Kosten des Gemeinwohls ist die Entwicklung der Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer. Wie die Tabelle 1 zeigt ist sie in den westlichen Demokratien stark rückläufig. Auch

andere Steuern auf Vermögen und Vermögenseinkommen wurden systematisch gesenkt. Die reiche Minderheit entledigt sich ihres Beitrags zum Gemeinwohl. Die Summen, die sich nicht als Steuern abführen, leihen sie dem Staat gegen Zinseinkommen. Die Lohnabhängigen werden über die Erhöhung der Verbrauchssteuern und die Ausgabenkürzungen zusätzlich belastet. Die öffentlichen Dienste werden rigoros zusammengestrichen, öffentliche Einrichtungen privatisiert, die Quote der deutschen Infrastrukturinvestitionen ist, ebenso wie die der Bildungsausgaben, eine der niedrigsten aller vergleichbaren Länder.

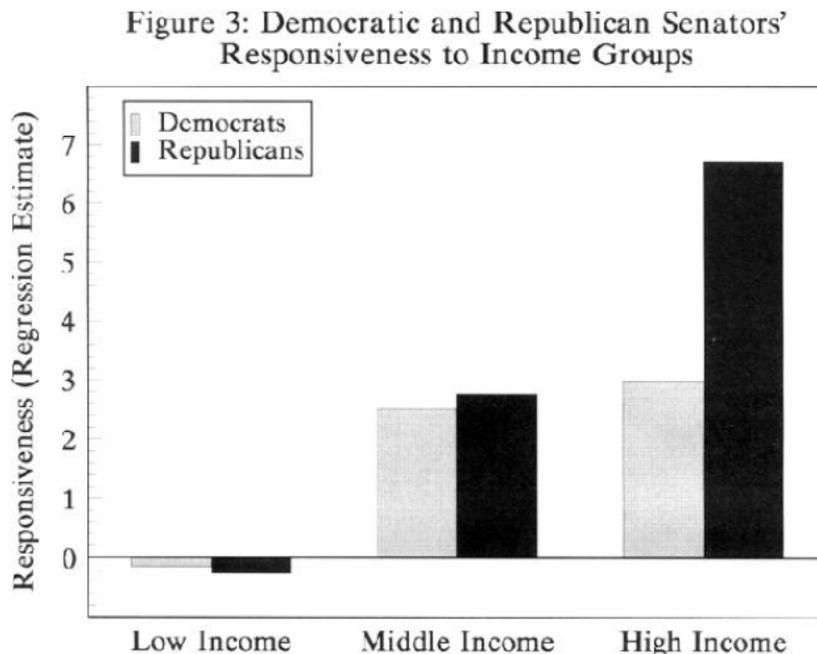
Tab. 1: Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer

	1950	1980	2010
USA	91%	70%	35%
Frankreich	-	60%	40%
Schweden	-	87%	56%
Deutschland	95%	56%	45%

Quellen: OECD, Bundesministerium d. Finanzen, The Tax Foundation, Ver.di

Eine empirische Studie an der Princeton University untersuchte die Abhängigkeit des politischen Verhaltens der US-Senatoren von den subjektiven politischen Präferenzen ihrer Wähler in Abhängigkeit von deren Zugehörigkeit zum unteren, mittleren oder oberen Einkommensdrittel (Bartels 2005). Berücksichtigt wurde sowohl das generelle Abstimmungsverhalten als auch das u spezifischen Problemen wie Mindestlohn, Bürgerrecht, Staatsausgaben und Abtreibung. Durchgängig orientieren sich die Senatoren deutlich stärker am wohlhabenden Drittel ihrer Wähler als am mittleren. Die politischen Meinungen der Bürger des unteren Einkommensdrittels haben jedoch keinerlei messbaren Einfluss auf das Abstimmungsverhalten 'ihrer' Volksvertreter (Abbildung 12). Vor allem die statistischen Zusammenhänge zu den Präferenzen der mittleren Gruppe dürften weitaus geringer sein, wenn man deren objektiven sozioökonomischen Interessen hinzunähme, da Bildungssystem, Expertenkultur und Medien es den Bürgern oft schwer bis unmöglich machen, die politischen Verlautbarungen nach ihrem Interessengehalt zu überprüfen und dies auf ihre eigene Lebenslage zu beziehen.

Abb.12 Orientierung des politischen Verhaltens der U.S.-Senatoren an den Meinungen ihrer Wähler, nach Einkommensgruppen



Quelle: Bartels 2005 (<http://www.princeton.edu/~bartels/economic.pdf>, (30.03.2012))

Die soziale Ungleichheit dringt viel tiefer in die Lebensqualität und Lebenschancen ein, als es mit dem Blick auf die Einkommensverteilung den Anschein hat.

Wer den Begriff Demokratie inhaltlich versteht müsste sich daran stoßen, dass beispielsweise das Leben derjenigen männlichen Bürger, die dem untersten Sechstel der Einkommenspyramide angehören um fast elf (!) Jahre kürzer und zudem noch stärker durch chronische Krankheiten eingeschränkt ist, als dasjenige der Angehörigen der wohlhabenden oberen 20 Prozent. Nicht nur dieser Sachverhalt als solcher, sondern auch die Tatsache, dass er nicht auf der politischen Agenda erscheint ist letztlich Ausdruck von Machtkonstellationen in der Klassengesellschaft. Wilkinson bringt das recht drastisch auf den Punkt:

"Normalerweise sind wir empört über Verletzungen der Menschenrechte in Ländern, in denen Menschen ohne Gerichtsverhandlung eingesperrt werden oder in denen sie gefoltert werden, oder einfach 'verschwinden'. Aber die soziale Ungleichheit fordert einen weitaus größeren Zoll. Was würde man zu einem skrupellosen Regime sagen, das willkürlich weniger gut gestellte Bürger für die Anzahl von Jahren ins Gefängnis würfe, die dem Verlust an Lebensjahren entsprechen, die von den weniger Privilegierten in unseren Gesellschaften erlitten werden? Angenommen die hö-

heren Sterberaten seien eher vergleichbar mit willkürlichen Hinrichtungen als mit Gefängnis, vielleicht sollten wir die Ungerechtigkeit der ungleichen Gesundheit mit einem Regime vergleichen, das einen signifikanten Teil der Bevölkerung jedes Jahr ohne Grund hinrichten lässt" (Wilkinson 2005: 18, Übersetzung hk).

Tab. 2: Mittlere Lebenserwartung nach Einkommen und Geschlecht

	Lebenserwartung bei der Geburt	
	Amtliche Sterbetafeln	Sozioökonom. Panel (gewichtet)
Männer		
0 - >60%	70,1	74,0
>150%	80,9	85,2
Differenz	10,8	11,2
Frauen		
0 - >60%	76,9	78,7
>150%	85,3	87,2
Differenz	8,4	8,5

Quelle: Kroll, Lampert 2008

Auch diese Sachverhalte sprechen für die Existenz einer Postdemokratie, denn es dürfte keinen Zweifel geben, dass eine informierte und emanzipierte Mehrheit mit der politischen Duldung oder gar Förderung dieser ungleichen Lebensmöglichkeiten nicht einverstanden wäre. Die physischen Lebensrechte sind ebenso grundlegend wie die individuellen Freiheitsrechte, daher kann es keine Menschenrechte geben ohne ökonomische Menschenrechte. Kein Individuum kann seine Menschenrechte wahrnehmen und einklagen, wenn ihm die Mittel fehlen. Die wachsenden Ungleichheiten bedeuten weit mehr als lediglich die ungleiche Ausstattung der Bürger mit Ressourcen; vielmehr sind sie Ausdruck von Macht über Menschen, also das Gegenteil von Demokratie und zugleich sind sie materielle Grundlage für deren weitere Schwächung.

Halbierte Demokratie ...

8. Die Rede von einer negativen Tendenz zur Postdemokratie könnte idealisierende Vorstellungen über das historische "Vorher" wecken. Das wäre jedoch eine unhistorische, weil nicht prozessbezogene Ansicht. Tatsächlich muss die Tendenz zur Postdemokratie bereits in der "Vor-Postdemokratie" angelegt gewesen sein, damit ein solcher Entdemokratisierungsprozess überhaupt Fahrt aufnehmen konnte.

Das geht auf die Grundkonzeption der liberalen parlamentarischen Demokratie zurück, wie sie sich vor allem in England, den USA und Frankreich im 19. Jahrhundert entwickelt hat und ist durch die neoliberale Hegemonie seit den 1980er Jahren geradezu entfesselt worden. Demokratie wird auf die Beteiligung in der Sphäre der Politik beschränkt, während die Wirtschaft als Privatsphäre angesehen wird, die es vor dem demokratischen Zugriff zu schützen gilt.

Im französischen Wahlkampf 2012 kündigte der sozialdemokratische Kandidat Hollande an, er wolle den Banken Schranken setzen. Daraufhin sagte der damals regierende französische Wirtschaftsminister: "Gegen das Finanzsystem zu sein ist genau so dumm, wie zu sagen: 'Ich bin gegen den Regen', 'ich bin gegen die Kälte' oder 'ich bin gegen den Nebel'; und der regierende Ministerpräsident Fillon empfahl dem sozialistischen Kandidaten, er solle "sein Wahlprogramm von Standard & Poor durchchecken lassen" (zit. n. Le Monde diplomatique, April 2012, S. 1).

Die beiden Spitzenpolitiker bestätigen damit affirmativ die von Crouch in kritischer Absicht hervorgehobene starke Tendenz, wonach nicht die Gesellschaften und ihre demokratischen Parlamente und Regierungen die Rahmenbedingungen für den Markt und das Wirtschaftsgeschehen setzen (wie das der Anspruch ist), sondern global agierenden Konzerne (und hier an führender Stelle Finanzkonzerne) darüber entscheiden, ob, wann und wie Regierungen in das Wirtschaftsleben eingreifen bzw. diese Konzerne unterstützen dürfen. Und das soll den Menschen so 'natürlich' erscheinen wie Regen, Kälte oder Nebel.

Ein typischer Fall dieser Natürlichkeit im Mikrokosmos regionaler Entwicklung: In Frankfurt/Oder wurde vor wenigen Jahren mit staatlichen Subventionen eine Solarfabrik errichtet. Subventionen sind geflossen, Infrastruktur aus öffentlichen Geldern finanziert, Reden von stolze Politikern wurden gehalten. Im Mai 2012 gab der Eigentümer, der US-amerikanische Solarkonzern First Solar die Entscheidung der Konzernleitung bekannt, er ziehe sich komplett aus Deutschland zurück und schließe die Werke in Frankfurt/Oder und Mainz bereit in Herbst 2012. Damit sind direkt 1.200 und insgesamt über 2.000 Arbeitsplätze hinfällig, Zukunftsangst und Bedrückung in 2000 Familien, ein Schlag für eine ohnehin krisengebeutelte arme Region.

Eine Privatangelegenheit? Ja. Die Demokratie in Gestalt der frei gewählten Landesregierung und Gemeindevertreter kann nichts anderes tun, als sich mit den Folgen zu befassen. Demokratischer Wettbewerb bedeutet hier wie in vielen anderen Fällen: wie können die Folgen von Entscheidungen, auf die das Volk keinen Einfluss hat, bewältigt werden? Das wird im herrschenden Demokratieverständnis aber nicht einmal als Mangel angesehen, denn es handelt sich um das Ideal einer "marktkonformen Demokratie", wie es von der Bundeskanzlerin Merkel positiv vertreten wird.

In der klassisch liberalen Staatsauffassung wird der Schutz des Privateigentums als fundamentale Staatsaufgabe betrachtet. Es gilt als die Voraussetzung für individuelle Freiheit, ohne dass unterschieden wird zwischen Privateigentum an Wohnung und Konsumgütern einerseits und solchen an Kapital, das in großen Produktionsstätten, Handelsorganisationen oder Banken angelegt ist. Die Position, Kapitaleigentum sei als Grundlage persönlicher Freiheit anzusehen wurde auch während des 20. Jahrhundert von der herrschenden Staatsrechtsmeinung nicht aufgegeben, als es sich auf eine immer kleiner werdende exklusive Minderheit der Bevölkerung konzentriert hat. Nimmt man diese Auffassung ernst, dann muss die überwiegende Bevölkerungsmehrheit, die über kein Erwerbsvermögen verfügen kann, in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt sein. Demokratie beruht in diesem Modell auf der Beteiligung des Volkes an den politischen Entscheidungen, wobei der Begriff 'Politik' auf die staatliche Sphäre reduziert wird. Demokratische Repräsentationen der Arbeiter und Angestellten im Betrieb und im Unternehmen, ebenso wie staatliche Interventionen in wirtschaftliche Entscheidungen³ sind damit gleichbedeutend mit der Verletzung des privaten Eigentumsrechts und somit auch der Freiheit⁴. Diesen Kern des traditionellen Liberalismus hat der Neo-Liberalismus aufgenommen und wiederbelebt.

Widerstand gegen das liberale Verständnis von Freiheit und Demokratie regte sich in Europa bereits mit der Französischen Revolution und der Durchsetzung der ersten Republik in Frankreich. Mit der Entstehung und dem Erstarken der Arbeiterbewegung geriet im Lauf der Geschichte das wirtschaftsliberale Konzept immer mehr in die Kritik. Die wachsende Klasse der Lohnabhängigen hatte die Erfahrung machen müssen, dass im Rahmen ihres Abhängigkeitsverhältnisses, Freiheit für das Kapital identisch ist mit der unbegrenzten Verfügung über ihre Arbeitskraft. Da diese aber von der Person nicht abzutrennen

³ Der Begriff "Intervention" ist ein ideologischer Begriff, der verdeckt Interessen transportiert, denn er suggeriert einen "Eingriff in die Privatsphäre", wo es eigentlich darum geht, dass das Volk in demokratischer Weise seine eigenen Angelegenheiten regelt.

⁴ Umgekehrt ist in den USA ist es den großen global agierenden Konzernen, also riesigen Bürokratien, die oft die Wirtschaftsmacht vieler Staaten bei weitem übertreffen, sogar gelungen, dass ihnen vom Supreme Court alle Persönlichkeitsrechte zugebilligt wurden, die einer Einzelperson zustehen und damit ihre Machtposition rechtlich geradezu unantastbar zu machen (s. den amerikanischen Dokumentarfilm "The Corporataion" <http://www.youtube.com/watch?v=4PSxtJNp9Pc>).

ist, ist das gleichbedeutet mit ihrer Unfreiheit – unabhängig von der Existenz einer parlamentarischen Demokratie.

Mit den auf der Grundlage dieser Erfahrung um sich greifenden sozialistischen Ideen wurde auch das Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie zum Thema. Es haben sich in der Folge in den kapitalistischen Demokratien Kompromisse herausgebildet. Zum einen war die Abhängigkeit der Privatwirtschaft von der Interaktion und Kooperation mit dem wachsenden Staatsapparat stetig gewachsen und zum anderen konnte die traditionelle liberale Position nach Maßgabe gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse nicht mehr "rein" bewahrt werden. Ein solcher historischer Kompromiss wurde unter den Nachkriegsbedingungen der westdeutschen Republik als **"Soziale Marktwirtschaft" und "Sozialpartnerschaft"** etabliert. Vor allem nach der großen Weltwirtschaftskrise der Jahre nach 1929 und zwei verschuldeten und verlorenen Weltkriegen waren die Oberklassen zu Zugeständnissen genötigt, um ihr Eigentumsmonopol an den Produktionsmitteln zu behaupten. Das sahen sie von den erstarkten Arbeiterbewegungen und dem neu entstandenen 'sozialistischen' Staatenblock um die Sowjetunion und China in Frage gestellt. Die Vollbeschäftigungsperiode der boomenden Nachkriegswirtschaft hatte zudem die Lohnabhängigen weniger erpressbar gemacht.

Die Teilnahme der lohnabhängigen Bevölkerung am demokratischen Leben setzt notwendigerweise soziale Rechte voraus. Die "Soziale Marktwirtschaft" kam dem in vier Dimensionen entgegen: *erstens* durch den Ausbau des Sozialstaats, vornehmlich zum Schutz gegen die Risiken, denen Menschen in einer Marktgesellschaft ausgesetzt sind, wenn sie kein Vermögen besitzen: das sind die Risiken, die Arbeitskraft wegen Krankheit, Alter und widrigen Arbeitsmarktbedingungen nicht verkaufen zu können. *Zweitens* wurden Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen eingeführt. Diese waren stärker ausgeprägt im Bereich der damaligen Schlüsselindustrien Bergbau, Stahl usw. (Montanmitbestimmung), wiesen aber eine doppelte Beschränkung auf: sie reichten nicht in die Kernbereiche unternehmerischer Entscheidungen, insbesondere nicht über die Investitionen und ließen den überbetrieblichen Bereich, beispielsweise einer Branche oder einer Region unberührt. *Drittens* wurde der totalen Verfügbarkeit der Arbeitskraft durch die Unternehmen eingeschränkt durch Tarif- und Arbeitskampfrecht, Arbeitszeitregelungen, Kündigungsschutz, Arbeitsschutz usw. Sozusagen im Gegenzug verpflichteten sich die Gewerkschaften, die Interessen der Lohnabhängigen im Rahmen einer 'Sozialpartnerschaft' zu vertreten. Der Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit sollte weitgehend institutionalisiert und möglichst reibungslos bearbeitet werden. *Viertens* schließlich wurde das liberale Interventionstabu des Staates in die Wirtschaft partiell gelockert, eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik zur Kompensation konjunktureller Krisen wurde weitgehend akzeptiert und – in Deutschland durch das s. g. Stabilitätsgesetz von 1967 – sogar zur Norm erhoben. Mit einer einzigen Ausnahme (2008) wird dieses Gesetz allerdings

dieses Gesetz allerdings seit Jahrzehnten missachtet. Auf allen vier Ebenen waren für die Menschen spürbare Verbesserungen erfahrbar. Das führte zur sehr weitgehenden Akzeptanz der Restauration des Kapitalismus, von dem noch die bürgerliche CDU in ihrem Parteiprogramm von 1947 gesagt hatte, er habe historisch versagt und müsse überwunden werden.

Man kann solche Kompromisse verstehen als eine zeitweise Stilllegung des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit durch feste Regeln. Viele übersahen den historischen Charakter des Kompromisses und meinten, dies sei das endgültige Ende der antagonistischen Klassengesellschaft. Im seitherigen Geschichtsverlauf erodierten allmählich die sozioökonomischen Bedingungen und das brachte den antagonistischen Charakter wieder zum Vorschein. Ein führender Arbeitgeberfunktionär formulierte in den 1990er Jahren, man habe nichts gegen Sozialpartnerschaft, sei aber nicht mehr länger bereit, dafür einen Preis zu bezahlen. Seither werden Begriffe wie "Neue soziale Marktwirtschaft" bemüht, um das emotional positiv besetzte Attribut 'sozial' beizubehalten.

Trotz ihrer unbestreitbaren Fortschritte, was die sozialen Rechte der Bürger als Grundlage ihrer demokratischen Partizipation anbelangt, blieb die Demokratie letztlich halbiert und die Wirtschaft nach wie vor ein privater, d. h. nicht-öffentlicher Sektor außerhalb der demokratischen Gestaltung. Das ist bis heute nicht ohne Folgen geblieben. Um davon eine Vorstellung zu bekommen, müssen wir auf das Verhältnis von Demokratie und Macht eingehen.

... bedeutet unkontrollierte Macht

9. Indem die Ökonomie nach wie vor als eine private, nicht-öffentliche Angelegenheit behandelt wird, ist gerade dasjenige gesellschaftliche Feld der demokratischen Einwirkung entzogen, das die materiellen Lebensgrundlagen produziert und verteilt und die Gesellschaft als Ganze permanent umgestaltet und dynamisiert.

Zwar spricht man davon, der Staat (als quasi demokratischer Sektor der Gesellschaft) setze den Unternehmen die 'Rahmenbedingungen'. In der Praxis aber liegt sein Schwerpunkt auf einer dienenden, korrigierenden und kompensierenden Funktion gegenüber dem nicht-demokratischen Sektor Ökonomie. Zu groß sind die strukturellen Abhängigkeiten, um tatsächlich vom 'Primat der (demokratischen) Politik über die Ökonomie' die Rede sein könnte, von dem auch die bürgerlichen Demokratietheorien normativ sprechen. Auch in der 'Vor-Postdemokratie' gab es nur schüchterne Ansätze, die aber immerhin bedeutend genug waren, um die neoliberale Gegenbewegung in Gang zu setzen (Glyn 2006, Harvey 2005, Klein 2009).

Indem die Demokratie um die Ökonomie einen Bogen macht, verzichtet die Gesellschaft nicht nur darauf, über fundamentale Lebens- und Zukunftsbedingungen der Gesellschaft demokratisch zu entscheiden, sondern bringt das Öffentliche Interesse in eine strukturelle Abhängigkeit von privaten Entscheidun-

gen in der Hand einer immer kleiner werdenden Minderheit an der Spitze international agierender Konzerne (s. unten). Wie die Erfahrung zeigt, führt die Marktkonkurrenz nicht – wie in den Lehrbüchern der Ökonomik – selbstregulierend zu Gleichgewicht und Harmonie, sondern zur Konzentration von Kapitalvermögen und Macht. Die staatliche Abhängigkeit von der Ökonomie hat u. a. folgende Aspekte:

a) Der Staat und die auf ihn begrenzte Demokratie befindet sich bereits strukturell in doppelter Abhängigkeit von der privaten Kapitalakkumulation: Zum einen erwächst aus den Folgen der privatwirtschaftlichen Konkurrenz und deren 'externen Effekten' überhaupt erst die spezifische Notwendigkeit ständiger regulierender, korrigierender und kompensierender Interventionen und zum anderen produziert der Staat die dafür erforderlichen Ressourcen nicht in eigener Regie, sondern muss sie den privaten Wirtschaftssubjekten entziehen, von deren Dispositionen er damit abhängig ist.

b) Die Entscheidungen über die wirtschaftliche Zukunft der Gesellschaft, also darüber, wie, was und wie viel des produzierten Reichtums in der Gesellschaft investiert wird ist – mit Ausnahme der öffentlichen Investitionen – privaten, unter dem Schutz des 'Geschäftsgeheimnisses' stehenden Kapitaleignern und ihren Beauftragten Managern überlassen. Diese sind dem Gemeinwesen nicht weiter verantwortlich. Der sehr allgemeinen Satz im Art. 14 des Grundgesetzes: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen", verpflichtet niemanden wirklich. Die halbierte Demokratie entscheidet nicht direkt über Qualität und Quantität der wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch nicht über das Verhältnis zur Natur, nicht über Arbeit und Beschäftigung, die Entwicklung der Regionen usw. An ihr ist es lediglich, dafür eine Infrastruktur bereit zu stellen und sich mit den sozialen, ökologischen und politischen Folgewirkungen zu befassen. Mit ihrer politischen Macht ist es den Wirtschaftseliten bislang noch immer gelungen, die Regeln, die der Staat der Gesellschaft und der Wirtschaft gibt, so zu beeinflussen, dass sie von ihrer Wirkung her als **'marktkonform', d. h. mit ihren Interessen konform** angesehen werden können.

Selbst in der bisher weitgehendsten wirtschaftspolitischen Konzeption einer deutschen Regierung, dem Gesetz "zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft" von 1967 sollen Investitionen nicht an politischen Prioritäten bzw. politisch artikulierten Bedürfnissen und Notwendigkeiten, sondern prinzipiell an den Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen orientiert sein. Staatliche Steuerung darf auch hiernach nur in Gestalt von Anreizen, also der gezielten Erhöhung von Gewinnchancen bei gewünschten Entscheidungen erfolgen. Die Entscheidung selbst bleibt autonom und privat. Hierzu schreibt Huffschmid (1969: 161):

"Der materielle Hintergrund des Stabilitätsgesetzes ist das (damalige sozialdemokratische, hk) Konzept der Globalsteuerung: Angebote an die autonomen Entscheidungsinstanzen bei den Unternehmen, kein Eingriff in

die Autonomie selbst." Der Haken dieser Konzeption ist folgender: "Entweder die Angebote (der Regierung, hk) werden nicht angenommen, dann ist die Steuerung hinfällig, oder die Angebote sind so attraktiv, dass sie angenommen werden, dann verliert die Steuerung insofern ihre Autonomie, als sie sich nach den Zielen der zu Steuernden richten muss."

Die Politik muss daher die Ziele ihrer Steuerung mit denen absprechen, deren Aktivitäten sie steuern möchte, vorwiegend mit den Wirtschaftsverbänden und den großen Konzernen (Aktuelles Beispiel sind die Verhandlungen der gewählten Regierung mit den Spitzen der vier großen Energiekonzerne in Sachen 'Atomausstieg' (rotgrün) und 'Energiewende' (schwarzgelb). Die demokratisch nicht legitimierten Kapitalvertreter lassen sich in solchen Aushandlungsprozessen jedes Zugeständnis im wahrsten Sinne des Wortes abkaufen zu Lasten der öffentlichen Finanzen. Von einem Primat der Demokratie, ja oft nicht einmal des Rechts über die Ökonomie kann meist nicht die Rede sein. Die Steuerungsversuche der jeweiligen Regierungen werden meist aus einer Position der Abhängigkeit heraus unternommen.

Inzwischen sitzen die Vertreter der Kapitalinteressen (neudeutsch: der Märkte) nicht mehr nur (wie noch in den 1960er Jahren) auf der einen, sondern zugleich auch auf der anderen, der staatlichen Seite des Verhandlungstisches. Das ist am Offensichtlichsten, wenn die Vorlagen, über die verhandelt wird bereits in den Ministerien von den Interessenvertretern formuliert oder mit formuliert worden sind (Adamek/ Otto 2009; Rose 2011). Es sind inzwischen viele Fälle bekannt geworden, in denen hohe Beamte und Politiker, die einen für die Interessenvertreter vorteilhaften 'Kompromiss' ausgehandelt hatten, anschließend an ihre Karriere mit lukrativen Posten in Vorständen, Aufsichtsräten oder als 'Berater' ausgestattet worden sind. Das sind Merkmale einer Postdemokratie (<http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/hintergrundpapiere/>). Der amerikanische Journalist Greg Palast, der solche Fälle in den USA recherchiert hat, spricht von der "best democracy money can buy" (2004). Crouch meint zu Recht, dass Korruption (in allen ihren Formen, auch legaler Art) nicht Hauptursache, aber ein sehr guter Indikator für die Schwäche demokratischer Systeme sei. Sie zeige, "dass die politische Klasse zynisch und amoralisch geworden, nicht länger kritischer Überprüfung ausgesetzt und von der breiten Öffentlichkeit abgeschnitten ist" (Crouch: 18).

Das entscheidende Moment der Entwicklung aus den Nachkriegsdemokratien in die Postdemokratie ist die auch für Crouch "die **Macht der Wirtschaftseliten**" und hier insbesondere die "globalen Unternehmen" (45 ff.). Diese haben es im Schutz der Privilegien des privaten Eigentumsrechts verstanden, weltweit alle Zügel abzuwerfen und die staatlichen Regeln so zu beeinflussen, wie es ihren Interessen am besten entspricht. Sie haben die Regierungen in einen internationalen Wettbewerb um ihre Gunst, um die niedrigsten Steuern, das liberalste Arbeitsrecht w. verstrickt. Und hier haben wir es mit **der realen**

Machtsubstanz der neoliberalen Bewegung zu tun. Nur wer den Neoliberalismus auf ein ideologisches Phänomen reduziert, auf Marktideologie oder gar die neoklassische Wirtschaftstheorie, konnte nach dem Crash von 2007 glauben, er sei "gescheitert". Die Marktideologie und ihre akademischen Formen sind für diese Interessen vorwiegend Mittel zum Zweck, ihre Ziele zu verfolgen. Beispielsweise haben die amerikanischen Präsidenten Reagan und Bush sie ohnehin nur bei Bedarf benutzt wurden. Während den Bürgern Geschichten vom heilsbringenden 'schlanken Staat' erzählt wurden, trieb man den Militärbudget in historisch nie gekannte Höhen.

Im Oktober 2011 las man im Schweizer Tagesanzeiger die Ergebnisse einer Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule, die mit Methoden der modernen Systemtheorie die Machtzentren des globalen Kapitalismus erkundet hat. Man kam auf 43.000 multinationale Konzerne, die durch wechselseitige Aktienbesitze vernetzt sind. Die tiefgehende Analyse der Eigentums- und Machtverhältnisse filterte daraus 1.318 Unternehmen, die den Großteil der übrigen Wirtschaft kontrollieren. Innerhalb dieser ökonomischen Netzwerke stießen die Forscher auf eine Einheit von 147 globalen Konzernen, deren Vernetzung noch stärker ist und die nicht nur sich selber, sondern dazu noch weitere 40 % der Weltwirtschaft kontrollieren. James Glattfelder, einer der Autoren der Studie, äußerte, dass eine solche konzentrierte Macht vor Beginn der Studie nicht erwartet worden war. Besonders aufschlussreich für die Beurteilung der gegenwärtigen Krisensituation und des politischen Verhaltens der Regierungen der kapitalistischen Länder ist, dass drei Viertel der Mitglieder dieses globalen Machtkerns der Finanzwirtschaft angehört. An der Spitze der 19 mächtigsten Konzerne steht der britische Finanzmulti Barclays, gefolgt von Capital Group Companies Inc. (USA), AXA, Goldman Sachs, Deutsche Bank usw. (<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Wenn-147-Konzerne-die-ganze-Wirtschaft--kontrollieren-/story/24530287>) (3.03.2012)

Wirklich eine Glaubenslehre – und als solche eine politische Kraft mit Eigengewicht – ist die neoliberale Ideologie im Wesentlichen für die akademischen Mittelschichten geworden. Diese waren das soziale Medium der Verbreitung der damit unsichtbar transportierten Interessen des globalen Kapitals in die Bevölkerungsgruppen und politischen und gewerkschaftlichen Organisationen weit über die traditionell konservativen und wirtschaftsliberalen Einflussbereiche hinaus. Sozialdemokratie und Grüne in Deutschland, große Teile der Nachfolgeorganisationen der früheren italienischen kommunistischen Parteien (Das Bündnis 'Olivenbaum') in Italien, New Labour in Großbritannien sind nur einige Beispiele. Nimmt man Macht und Interessen des global agierenden Kapitals zum Maßstab, dann kann von einem Scheitern nicht die Rede sein.

Entscheidend für den Übergang zur Postdemokratie war die Grundstruktur der halbierten Demokratie. Indem die Entwicklung und der wirtschaftlichen

Grundlagen der Gesellschaft als "Privatangelegenheit" aus der Demokratie ausgeklammert wurde, blieb auch die **Anhäufung von Reichtum und Macht weiterhin privat und weitgehend demokratisch unkontrolliert. Reichtum und Macht sind wechselseitig konvertierbar.**

Grundlegend für jede Form von Demokratie ist Verteilung und gesellschaftliche Kontrolle von **Macht**. Darunter kann man kurz gefasst die Fähigkeit von Menschen verstehen, zu ihrem Vorteil, andere dazu zu bringen, so zu handeln, wie sie andernfalls nicht handeln würden. Wesentlich für die Qualität der halbieren Demokratie ist es, dass solche Machtbeziehungen in Strukturen verstetigt sind, in denen die Machtunterlegenen die Grundlagen ihre eigene Subordination reproduzieren (müssen). Ökonomische und politische Macht ist also nicht bloß eine Ressource, die der eine mehr der andere weniger hat, sondern gesellschaftliches Verhältnis, das den einen über den anderen setzt, ihm Direktionsgewalt verleiht und letzteren in Abhängigkeit von ersterem bringt, also ein **Gegensatz zur Demokratie**.

Ein wesentlicher Aspekt dieser Machtbeziehungen und ihrer Reproduktion sind die Prozesse, in denen sich Gesellschaften Regeln geben, also Gesetze und andere Normen, deren Nichteinhaltung negativ sanktioniert wird. Solche Regeln gestalten die sozialen Beziehungen, die gesellschaftliche Arbeitsteilung usw. Sie sind Resultat konkurrierender sozialer Gruppen und Interessen. Und in der Regel wirken sie sich zum Vorteil derjenigen aus, die mächtig genug sind, sie so zu setzen oder zu beeinflussen, dass sie ihren Interessen entgegen kommen, mit anderen Worten: dass sie dazu angewendet werden können, Menschen zu veranlassen, Dinge in ihrem Interesse zu tun.

Unkontrollierte, d. h. demokratisch nicht legitimierte Macht ist die Antithese zur Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie ist der Kern des Problems der Postdemokratie. Und damit ist sie auch **das zentrale Hindernis für die Überwindung der ökonomischen Krise**.

Um die globalen Konzerne als realer Machtsubstanz hat sich eine Oberklasse herausgebildet, die man hilfsweise einmal als **'Machtelite'** bezeichnen kann. Chomsky spricht von ihr als einer Welt des konzentrierten Reichtums und der Macht. Die Machtelite besteht aus einem umfassenden Netzwerk, das sich aus den großen Konzernen und Unternehmen, Banken bzw. dem Finanzkapital, den Superreichen, Medienkonzernen und Spitzen der Staatsministerien und Politik zusammensetzt. Dieses Netzwerk hat eine außerordentliche Macht und Gewalt über die Gesellschaft, weil es über Investitionen, Produktion, Distribution entscheidet, und sowohl Meinungen als auch politische Einstellungen durch PR-Kampagnen und Medien produzieren lässt. Es sind vor allem die riesigen, tyrannisch agierenden Konzerne, die die Wirtschaft und das soziale Leben beherrschen. Folglich kontrolliert die Machtelite die wichtigsten sozio-ökonomischen wie ideologischen Ressourcen der Gesellschaft und kann deshalb überall ihre Interessen weitgehend ungehindert durchsetzen. (Vgl. Chomsky 1992: Chronicle of dissent: interviews with David Barsamian, S. 139f

n. Christian Girschner 2012, Die Wachhunde der Machtelite: Noam Chomskys Kritik der Intellektuellen, <http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=13260>).

Im Eigentum und im Zugriff dieser Machtelite sind auch die wesentlichen modernen "ideologischen Mächte" der Gesellschaft mit den Medienkonzernen auf der einen und den akademischen Experten auf der anderen Seite. Damit ist auch eine unverzichtbare Grundvoraussetzung für Demokratie nur in viel zu geringem Maße gewährleistet: eine **funktionierende Öffentlichkeit**. Die inhaltliche Substanz von Demokratie für das Leben der Menschen ist unbedingt abhängig vom freien und allgemeinen Zugang zu Informationen und Stellungnahmen zu allen relevanten Gegebenheiten und deren (materiell, rechtlich, moralisch und kulturell) ungehinderte Kommunikation und Diskutierbarkeit. Die allgemeine Verfügung über die Medien, die Offenheit der Bildungssysteme und von Wissenschaft und Forschung ist eingeschränkt und deformiert. Die Degeneration des Parlamentarismus hat viele Ursachen, aber sie ist sehr stark begünstigt durch das Nicht-Funktionieren der Öffentlichkeit als notwendiges Forum der Machtkontrolle. (dazu s. Rose 2011).

Die Medien vermitteln ein wirklichkeitsfremdes und entpolitisiertes Bild der Macht. Le Monde Diplomatique stellt dafür ein erhellendes Beispiel vor, nämlich die Berichte über die Ernennung von Mario Monti zum italienischen Ministerpräsidenten:

"Mit Begriffen wie 'Technikraten-' oder 'Experten'-Regierung wird da im Prinzip nur verschleiert, dass es sich um eine Regierung der Banker handelt. ... man konnte sogar lesen, in Rom seien jetzt 'Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft' an der Macht. Dass Monti auch einige Universitätsprofessoren in seine Regierung berief, ließ Kommentatoren glauben, sein politisches Programm stütze sich auf ein wissenschaftliches Fundament. Dabei übersahen sie, dass **die meisten** der neuen Minister aus den Chefetagen der großen italienischen Konzerne stammen." Minister entsenden beispielsweise die Bankengruppe Intesa Sanpaolo, UniCredit Private Banking, Telecom Italia, Generali Mediabanca, Banco Popolare di Milano, Verbindungen bestehen zu Goldman Sachs, Coca Cola, Fiat usw. (LMD Juni 2012: 1 und 7).

Eine demokratische Öffentlichkeit besteht nicht, wenn die öffentlichen Themen hegemonial machtkonform formuliert werden. Beispiel: In den letzten 20 Jahren haben die gesellschaftlichen Machtverschiebungen zu folgender Kausalkette geführt: Abbau der sozialen Sicherung und Steigerung des Bedrohungscharakters von Arbeitslosigkeit (Hartz-Gesetze usw.) – Schwächung der Verteilungsposition der Löhne – Stagnation der Absatzmärkte bei gleichzeitiger Steigerung der Gewinne – Gewinne sind weltweit auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten – Ausweitung der Finanzspekulation – Platzen der "Blase" mit anschließender weltweiter Finanzkrise – die Staaten verschulden sich in Billionenhöhe und buchen die privaten Schulden und Risiken der Spekulanten

(Banken, Fonds etc.) auf das Konto der öffentlichen Finanzen – die daraus resultierenden Krisenfolgen werden mit Hilfe der Medienmacht thematisiert als "Staatsschuldenkrise" – daraus wird abgeleitet: staatliche Ausgaben müssen weiter gekürzt werden. Die Bürger haben weder in der Schule gelernt, noch von den Medien, wie sie dieses Spiel im Hinblick auf ihre eigenen Interessen durchschauen können. Sie wählen auf der Grundlage systematisch manipulierter Informationen.

Zusammenfassend kann der Abbau der sozialen Sicherheit als einer der wirksamsten Hebel des Neoliberalismus ansehen: "Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, dass diese in der politischen Apathie versinken, desto leichter können **Wirtschaftsverbände (und Großkonzerne)** ihn – mehr oder minder unbemerkt – zum **Selbstbedienungsladen** machen" (Crouch: S. 30).

Machtasymmetrien

In der Postdemokratie bilden sich Machtasymmetrien und ein Kräfteverhältnis zwischen dem 'demokratischen Sektor' der Gesellschaft und den meist multinationalen Kapitalunternehmen, das letztere bereits teilweise außerhalb des rechtlichen Zugriffs stellt.

So hat beispielsweise 2008 die Europäische Kartellbehörde aufgedeckt, dass der große deutsche Stromkonzern Eon gemeinsam mit anderen in der Branche konspiriert hat um erfolgreich die Preise hochzuhalten. Der Schaden ist eine zweistellige Milliardensumme. Auch wurden Indizien gefunden, dass die Börsenpreise manipuliert worden sind. Ermittler haben viele belastende Unterlagen beschlagnahmt. Es erfolgte trotzdem keine Anklage, ermittelt wurde nur wegen einer Ordnungswidrigkeit, die aber nicht einmal mit einem Bußgeld geahndet wurde. Obwohl die Bürger als Stromkunden um Milliarden gebracht wurden, machen die Volksvertreter nichts

Die meisten Wähler, die man täglich von 'Sparmaßnahmen' überzeugen möchte, vermögen sich folgendes kaum vorzustellen: Ein deutscher Weltkonzern A trifft mit dem Bundesfinanzministerium ein geheimes Abkommen. Danach übernimmt der Bund - am Parlament vorbei - die Schulden eines anderen Unternehmens B aus der Staatskasse. Der Zweck dieser Operation besteht allein darin, das damit entschuldete Unternehmen B in die Lage zu versetzen, seine Schulden bei besagtem deutschem Weltkonzern A zu bezahlen. Das ist noch nicht alles: Die Überschuldung des Unternehmens B war nur dadurch zustande gekommen, dass dieser Weltkonzern A ihm Produkte verkauft hat, die absichtlich fehlerhaft und mit gefälschten Gütesiegeln versehen waren. Dennoch zahlt der Bundesfinanzminister aus den ihm anvertrauten Steuergeldern 10 Mrd. Euro.

Nach parlamentarisch-demokratischen Vorstellungen (wie auch nach dem Grundgesetz) kontrolliert das gewählte Parlament die Finanzen. Wie

agiert das Parlament in dieser Geschichte? Schließlich geht es um 10 Mrd. Euro. Diese Summe entspricht der Summe aller Jahresetats sämtlicher deutscher Universitäten, die doch täglich zu Sparsamkeit angehalten werden oder dem gesamten Jahreshaushalt des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

Und hier werden 10 Mrd. Euro ohne Parlamentsbeschluss an eine private Firma gegeben? Stammt das aus der Phantasie eines 'Verschwörungstheoretikers'? Nein, die Geschichte ist Realität: Die Deutsche Bank AG sah sich 2007 im Besitz eines Wertpapierpakets, das zum großen Teil 'faul' war, d. h. keinen auf dem Markt realisierbaren Wert mehr hatte. Man wollte die Wertpapiere schnell loszuwerden, bevor die Spekulationskrise offensichtlich wurde. Daher hat man sie als Paket kurz vor dem Lehman-Zusammenbruch unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an die Düsseldorfer Mittelstandsbank IKB verkauft. Nachweislich war der Deutschen Bank die Qualität des 'faulen' Wertpapierpakets bekannt. Dieses Wissen hielt sie – es war kurz vor dem offiziellen Ausbruch der Finanzkrise 2007 - geheim. Die IKB-Bank ging dann in den Konkurs. Mit der Zahlungsunfähigkeit der IKB wäre die Deutsche Bank um den Kaufpreis gebracht worden, betrogene Betrüger sozusagen. Darum ließ sie sich von Bundesfinanzminister Steinbrück, SPD die vom Ausfall bedrohten Kredite indirekt über die "Rettung" der KfW-Bank erstatten. Der verantwortliche damalige Finanzminister ist dank des postdemokratischen Medienbetriebs nicht etwa politisch 'erledigt' (um keinen juristischen Begriff zu bemühen), sondern Favorit für die nächste Kanzlerkandidatur der SPD, in Pressekampagnen, TV-Shows etc. wird er regelrecht 'hochgeschoben'.

Und die gewählte Volksvertretung? Der so genannte Souverän fügt sich in eine Rechtslage, die ihm das Recht abspricht, darüber abzustimmen und sogar die dazugehörigen Dokumente einzusehen. Nach herrschender Rechtslage steht offenbar der Schutz des privaten Geschäftsgeheimnisses und privatrechtlicher Verträge über der Demokratie. Einige wenige Abgeordnete stellten zwar kritische Fragen, erhielten aber keine Antwort (Harald Schumann, Tagesspiegel v. 13.9.2009 und http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=6m0kFgf3m9Q)

Ein zweites Beispiel zum heutigen Verhältnis von Großkonzernen und Demokratie:

Der langjährige italienische Ministerpräsident und Milliardär Silvio Berlusconi hat es mit seiner Medienübermacht und seinem Reichtum durch Korruption und Gründung einer Pseudopartei (forza italia), die eher einem Wirtschaftsunternehmen mit Angestellten gleicht, bis an die Spitze des Staates gebracht. Er ist in zahlreiche kriminelle Machenschaften verwickelt und konnte Gesetze durchbringen, die ihn jeweils den Gerichten entzogen. Mehrfach haben ihn Richter mit der Mafia in Verbindung gebracht.

Trotzdem hat er mithilfe seines Geldes und seiner Medien in all den Jahren sage und schreibe 58 Parlamentsanträge zu seiner Absetzung im italienischen Parlament überlebt. Wer hat ihn dann schließlich abgesetzt? Das Parlament? Ein Volksaufstand? Nein – die drei privaten amerikanischen Rating Agenturen der Finanzwirtschaft haben ganze 8 Tage gebraucht, um ihn von der politischen Bildfläche verschwinden zu lassen. Der Nachfolger Berlusconi, Mario Monti ist ehemaliger Investmentbanker von Goldman Sachs und genießt das "Vertrauen der Finanzmärkte".

Ähnliches geschah in Griechenland. Auch hier ist der Ministerpräsident Loukas Papadimos auf Druck der internationalen Kreditgeber, gefeiert von den internationalen Medien, ins Amt gekommen. Um "die Finanzmärkte" nicht zu verunsichern wurde auf Betreiben der EU zunächst eine geplante Volksabstimmung verhindert, in der die Griechen über ihre Zukunft hätten selbst entscheiden können. Wie der italienische ist auch der griechische Ministerpräsident ehemaliger Manager der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs. Beide haben dort zu der Zeit gearbeitet, als der neue Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi Vizepräsident dieser Bank war, die dabei half, die Bilanzen des griechischen Staats zu fälschen. Goldman Sachs stellte auch US Finanzminister und ökonomische Chefberater des Präsidenten, auch von Präsident Obama. Auch die Bundeskanzlerin wird von einem Goldman Sachs-Vertreter beraten.

'Vertrauen der Märkte' und 'marktgerechte Demokratie'

"Jeden Tag ist zu hören, die Regierungen müssten "die Märkte beruhigen" und "das Vertrauen der Märkte wiedergewinnen". Mit Märkten sind vor allem die Börsen und Finanzmärkte gemeint, damit also jene Akteure, die im eigenen Interesse oder im Auftrag anderer spekulieren, um möglichst viel Gewinn zu machen. Sind das nicht jene, die das Gemeinwesen um unvorstellbare Milliarden erleichtert haben? Um deren Vertrauen sollen unsere obersten Volksvertreter ringen?" (Ingo Schulze, 'Kapitalismus braucht keine Demokratie', Süddeutsche Zeitung v, 12.01. 2012).

Der EZB-Präsident Mario Draghi, einer der mächtigsten politischen Personen in der EU, sagte in einem Interview des Wall Street Journals, oberstes Ziel müsse es sein das „**Vertrauen der Finanzmärkte**“ wieder herzustellen. Dies sei nur möglich mit einer Politik der **harten Haushaltskonsolidierung**, also weiteren massiven Kürzungen. Dabei könne auf den **Sozialstaat** keine Rücksicht genommen werden.

Es ist zum entscheidenden Gütekriterium der Politik geworden, wie sie sich auf das "Vertrauen in die Finanzmärkte" auswirkt. Das wird in einer Weise verlautbart, die man sich bei den Höflingen Ludwigs des XIV. vorstellen kann, wenn sie untertänig um das Vertrauen des 'Sonnenkönigs' buhlten. Was kön-

nen wir uns darunter vorstellen? Wer oder was sind die "Finanzmärkte" (oder auch "Märkte")?

Was Draghi meint ist folgendes: Die Banken, Fonds, Versicherungen, die global agierenden Konzerne wie etwa Siemens, BASF, Coca Cola oder Exxon (die meist zugleich ihre eigenen Banken sind) müssen darauf vertrauen können, dass die Staaten weiterhin so zahlungsfähig bleiben, damit sie auch künftig sowohl die Kreditvergabe sicherstellen als auch bei der kommenden Spekulationskrise wieder für die Verluste von Investmentbanken und anderen Spekulanten einspringen können.

Was in einer Medienmanipulation sondergleichen heute als "Staatsschuldenkrise" dargestellt wird, sind die Auswirkungen der Finanzkrise der Jahre 2007 bis heute. **Die Bankenrettung bestand darin, dass man aus privaten Schulden öffentliche Schulden gemacht hat**, mehr als jemals für die Rettung des Weltklimas oder die Beseitigung des Hungers ausgegeben wurde. "Wäre das Weltklima eine Bank" – so der Venezuelanische Präsident Chavez auf der Weltklimakonferenz 2009 – "dann hätte man es längst gerettet". Und dies wird nun als "Staatsschuldenkrise" definiert, deren Ursache darin zu suchen sei, dass "wir über unsere Verhältnisse gelebt" hätten. In dem Maße, wie gekürzt und privatisiert wird, erringen die Staaten besagtes "Vertrauen der Finanzmärkte". Denn diese möchten sicher sein, dass die Staatshaushalte solvent genug bleiben, um auch weiterhin Finanzinstitutionen retten zu können, wenn sie sich verspekuliert haben.

Eine weitere typisch postdemokratische, aus Steuern finanzierte staatliche Dienstleistung für die Finanzkonzerne würde niemals die Zustimmung einer Aufgeklärten Öffentlichkeit erhalten: Die Europäische Zentralbank darf – so hat man es bestimmt – an die Staaten keine Kredite vergeben (in den USA eine Selbstverständlichkeit). Das soll das Monopol der Privatbanken sein. Sie stellt diesen für ein Prozent Zinsen Geld zur Verfügung, das sie dann für weit höhere Zinsen an die Staaten verleihen können. Die Zinszahlungen aus Steuermitteln bringen Milliarden Gewinne, denen keinerlei Aufwand gegenübersteht als der einer Umbuchung. Die dadurch verursachten Staatsausgaben werden durch "Sparpolitik" bei Sozialleistungen, Bildung und öffentlichen Dienstleistungen wieder kompensiert werden.

Im Fall Griechenland nehmen die EU-Länder unter Führung der deutschen Regierung den wirtschaftlichen Ruin dieses Landes und vieler seiner Bürger in Kauf, um den Investoren in gleich doppelter Weise zu dienen: erstens treiben sie mit nach 1945 in Europa nie dagewesener Brutalität die Schulden ein und erzwingen die Privatisierung all des öffentlichen Eigentums, das sich für Investoren als rentabel erweisen könnte. Das Diktat führt aber Schrumpfung von Wachstum und Steuereinnahmen, also zu noch größeren Defiziten. Nur solange auf Privatisierungsschnäppchen und Geld aus Rettungsschirmen Aussicht besteht, ist das "Vertrauen der Märkte" sicher. Das ist nichts anderes als die Subordination der Demokratie unter die Interessen der Investoren, insbeson-

dere der global agierenden Konzerne. Die Postdemokratie ist zu einer Restdemokratie geworden, in der die 'demokratische' Parteienkonkurrenz nur noch darum geführt wird, wie das "Vertrauen" am besten wieder erreicht werden kann.

'Strategische Defizite' und deren Unumkehrbarkeit

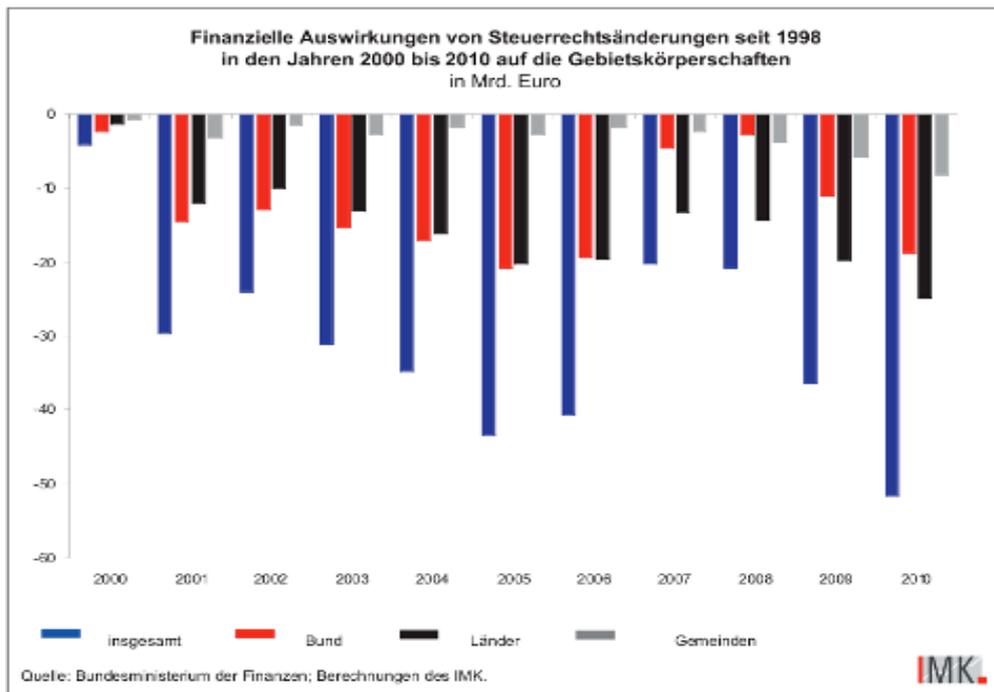
Wir sehen an den Beispielen, dass die Tendenz zur Postdemokratie aus der Sicht des großen Kapitals, der 'Machtelite' und ihrer Dienstklassen geradezu eine Notwendigkeit ist. Die 'Finanzmärkte' pflegen bei jeder kleinsten demokratischen Regung nervös zu werden, wie bei Wahlen mit Chancen für linke Parteien oder bei angekündigten Volksabstimmungen. Bei kleinsten demokratischen Lebenszeichen fallen die Kurse und das "Vertrauen" schwindet. Daher muss man sich von Wahlergebnissen weitgehend unabhängig machen.

Bereits zu Beginn der Amtszeit des neoliberalen amerikanischen Präsidenten Reagan (1980 – 1988) sprachen seine Berater von einer Strategie der "strategischen Defizite", mit denen Kürzungen im Staatsbudget legitimiert werden können. Da die Mehrheit der Bevölkerung auf staatliche Dienste und Sozialleistungen angewiesen ist, verursacht es politische Kosten, deren Streichung ohne Not zu propagieren. Die 'Not' muss also zuerst in Gestalt hoher Defizite hergestellt werden. Wenn man nun noch Staatsverschuldung und Steuererhöhungen auf Einkommen und Vermögen dämonisieren kann, dann lässt sich der Abbau staatlicher Leistungen für die Masse der Bevölkerung praktisch ohne Legitimationsverlust erreichen. Die Defizite schuf Reagan auf zwei – für die eigene Klientel äußerst lukrative – Weise: er senkte die Steuern für Reiche und erhöhte die Ausgaben für Militärgüter und –dienste auf historisch in Friedenszeiten niemals gekannte Höhen.⁵

In Deutschland wurde das strategische Defizit inklusive Wachstumsversprechen von der Regierung Schröder forciert. Zuerst wurden die Steuern gesenkt, die in den Jahren zwischen 2000 und 2010 zu Einnahmeverlusten von 325 Mrd. Euro ohne Zinsen und ohne Berücksichtigung nicht erzielter Beschäftigungsimpulse führen sollten (Abbildung 13).

Abbildung 13: Finanzielle Auswirkungen von Steuersenkungen seit 1998

⁵ Wie Kalecki (siehe oben) bereits lakonisch vermerkte, "fanden sich auch hier ein paar Ökonomen ...". So wurde zur Rechtfertigung der Reaganschen Steuersenkungen eine s. g. Laffer-Kurve propagiert, wonach es wissenschaftliche Erkenntnis sei, dass als Folge von Steuersenkungen bei Reichen, die Steuereinnahmen, bedingt durch damit angestoßene Wachstumsschübe nicht etwa sinken (wie ewig Gestrige behaupteten), sondern sogar steigen. So hat man den ersten Schritt getan, die Steuern auf Kapital und hohe Einkommen gesenkt und ausgesetzt, der zweite Schritt ist dann leider ausgeblieben.



Quelle: IMK 2011

Im zweiten Schritt wurde mit Hans Eichel ein gläubiger Dilettant zum Finanzminister gemacht, der mit aufgeblasenen Backen versprach, den Haushalt zu konsolidieren. Dazu mussten leider öffentliche Investitionen unterlassen und Sozialleistungen gekürzt werden. Es ist fraglich, ob er bis heute verstanden hat, warum das Defizit nach seiner 'Konsolidierung' größer war als vorher. Eine Studie von Troost (2012) weist vier Stufen der Staatsverschuldung auf (Abbildung 14), die erste von Mitte der 1970er bis Ende der 1980er Jahre ist wesentlich den Kosten der ansteigenden Arbeitslosigkeit geschuldet. Man kann auch sagen: den Kosten der unterlassenen Beschäftigungspolitik. Der Anstieg nach dem Mauerfall bis 1997 geht vorwiegend auf die Art der Finanzierung der deutschen Vereinigung zurück, im dritten Schuldenschub zwischen 2002 und 2006 haben wir es mit den Mindereinnahmen durch Steuersenkungen zu tun und der steile Anstieg danach verdankt sich überwiegend der 'Bankenrettung' und den krisenkompensierenden Maßnahmen. Die Kosten unterlassener Beschäftigungspolitik und niedriger Löhne erhöhen das Niveau der gesamten Kurve seit Mitte der 1970er Jahre.

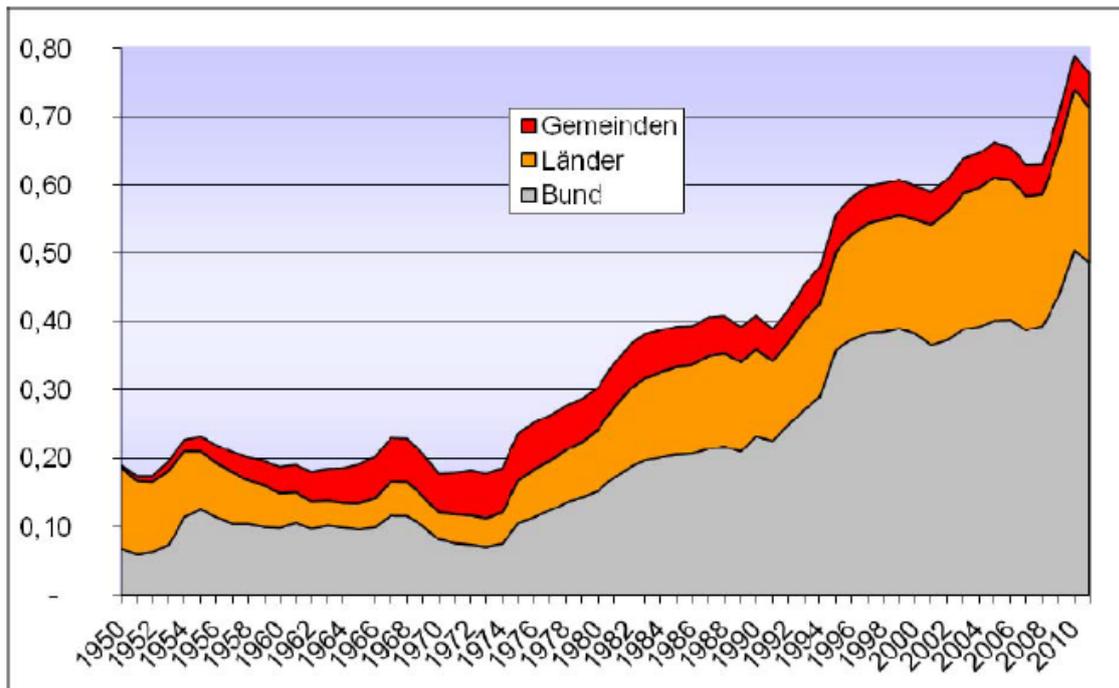
Seit Reagan werden weltweit die neoliberalen Forderungen nach reduzierten Unternehmenssteuern, Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau realisiert. Die Wachstumsraten nehmen ab, die Sockelarbeitslosigkeit steigt, staatliche Zukunftsinvestitionen unterbleiben, die soziale Unsicherheit wächst. Das Programm des 'schlanken Staates' realisiert sich praktisch automatisch, in vielen Ländern ohne Legitimationsverlust für die Verantwortlichen. Trotz eines riesigen Mainstreams ökonomischer Experten ist bisher kaum jemand auf den Gedanken gekommen zu fragen, warum die permanente Konsolidierung der

Staatshaushalte nicht zur Schuldenreduzierung, sondern zu deren weiterem Anwachsen geführt haben.

Abbildung 14: Entwicklung der Staatsschulden in % des Bruttoinlandsprodukts

1950 - 2011

Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum BIP (%), 1950-2011



Quelle: Statistisches Bundesamt

Quelle: Troost 2012

Ein großer Schritt in die Postdemokratie sind die so genannte Schuldenbremse und der geplante Fiskalpakt der Europäischen Union. Sie bedeuten quasi ein verfassungsrechtliches Verbot künftiger keynesianischer Stabilitätspolitik und kreditfinanzierter öffentlicher Investitionen in die Zukunft. Sie verpflichten unter dem Etikett der Krisenlösung dauerhaft zur Austerität durch rigide Begrenzungen staatlicher Schulden und zwar unabhängig von der politischen Orientierung einer Regierung (dazu s. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2011, 2012). Die Souveränität über den Haushalt ist das historische Kernstück der parlamentarischen Demokratien, es legt entscheidend die Handlungsfähigkeit eines Parlaments und der von ihm bestimmten Regierung fest. Mit der Macht, die die Bundesrepublik Deutschland derzeit in Europa in die Waagschale zu werfen vermag, wird unter dem Begriff "Fiskalpakt" diese "Schuldenbremse" rigoros für die gesamte EU durchgesetzt. Albrecht Müller bezeichnet zutreffend den Fiskalpakt als "eine Art Sargnagel für den Gestaltungswillen

von Demokraten in Deutschland und Europa. Wir können dann nämlich wählen, wen und was wir wollen, die so genannten Sparprogramme werden ganz woanders entschieden, nicht von den gewählten Parlamenten, nicht von uns."

Man kann schon von einer Vollendung der Postdemokratie sprechen. Die Haushaltspolitik auch der zukünftigen Regierungen wird festgelegt, gleichviel mit welchem Wahlprogramm sie antreten werden und welche Ziele das Volk mit der Wahl verbinden wird. Es soll für sie "alternativlos" werden, bei schlechter Einnahmesituation Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes zu entlassen, Investitionen in öffentliche Güter zu unterlassen, Renten und Arbeitslosengeld zu kürzen, rentable öffentliche Güter zu verkaufen. Das strategische Defizit wird auf Dauer gestellt!

Das ist bereits jetzt Realität: Der konservative französische Präsident Sarkozy hat im Bündnis mit der deutschen Kanzlerin äußerst restriktive Haushaltsnormen auf europäischer Ebene durchgesetzt. Im Frühling 2012 wählte ihn das französische Volk ab und entschied sich für einen sozialdemokratischen ('sozialistischen') Präsidenten, den es bei den anschließenden Parlamentswahlen gleich noch mit einer absoluten Mehrheit ausstattete. Mit dem Erfolg, dass unmittelbar nach dem letzten Wahlsonntag führende sozialistische Politiker dem Volk mit gedämpfter Stimme mitteilten, wahrscheinlich seien jetzt größere "Anstrengungen" "nötig", um die öffentlichen Finanzen auf den (neoliberalen) europäischen Kurs zu bringen. Postdemokratie in Aktion.

Auch diesem Schritt liegt eine neoliberale Strategie zugrunde. Jede rigide Politik gegen die Mehrheitsinteressen ist mit den demokratietytischen Gefahren und Risiken behaftet, dass die Bürger aus den damit verbundenen negativen Erfahrungen lernen und sich politischen Kräften zuwenden oder sogar selbst aktiv werden könnten, um diesem Kurs zu ändern. Daher haben bereits die geistigen Väter des Neoliberalismus empfohlen, erreichte Positionen durch **Regelbindung politischer Entscheidungen** zu verstetigen und **unumkehrbar** zu machen. Das geschieht erstens durch den Abschluss **internationaler Verträge**. Diese können auch von anti-neoliberalen künftigen Regierungen nicht ohne weiteres gebrochen werden (z.B. WTO, EU-Maastricht-Verträge) und zweitens man gibt den Regeln für neoliberale Politik **Verfassungsrang**. Dazu haben sich in Sachen Schuldenbremse und Fiskalpakt sowohl die schwarz-gelben als auch rotgrünen Konstellationen in Deutschland mehrheitlich bereitgefunden. Es wird künftig also für einen Schritt zurück zur Demokratie mindestens eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein. Auch wenn eine absolute Mehrheit des Volkes als Lehre aus den unweigerlich auf diese Weise erzeugten bzw. verstärkten Krisen eine Kursänderung will, wird das legal nicht geschehen können.

Die Geschichte der Demokratie zeigt, dass Elemente von Volksherrschaft immer nur realisiert werden konnten, nachdem das Volk sie sich erkämpft oder zurück erkämpft hat. Niemals wurden sie 'von oben' gewährt und es ist unvernünftig, darauf zu hoffen, dass dies einmal geschehen wird. Demokratie und unkontrollierte Macht schließen sich aus, sei es im Arbeitsleben, in den Bildungseinrichtungen, in der Gemeinde, den Bundesländern oder auf nationaler und internationaler Ebene. Lebendige Demokratie in allen relevanten Lebensbereichen und auf allen Handlungsebenen ist die Vorbedingung dafür, dass die künftigen Generationen über ihr individuelles und kollektives Schicksal selbst bestimmen können. Sie beginnt mit intelligenter und solidarischer Gegenwehr, mit selbstbewusster politischer Wahrnehmung der eigenen Interessen, mit Kontrolle der Macht, beginnend mit der kritischen Entzifferung der Herrschaftssprache und ihren offiziellen Sprachregelungen von den angeblichen alternativlosen Sachzwängen. Gesellschaften, die diese Lektion nicht lernen, bezahlen mit Krisen, Unsicherheit, Armut, kultureller Verödung, Kriegen und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Literatur

Adamek, Sascha/Otto, Kim 2009, Der gekaufte Staat: Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, Köln (Kiepenheuer & Witsch)

Agnoli, Johannes 1967, Die Transformation der Demokratie, Hamburg (Konkret-Verlag)

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2011, Memorandum 2011: Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos, Köln (PapyRossa Verlag)

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2012, Memorandum 2012: Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat, Köln (PapyRossa Verlag)

Bartels, Larry M. 2005, Economic inequality and political representation, Princeton University (Princeton NJ): (<http://www.princeton.edu/~bartels/economic.pdf>, (30.03.2012)

Chomsky, Noam 2002: Chronicle of dissent: interviews with David Barsamian, Monroe, ME (Common Courage Press)

Crouch, Colin 2008, Postdemokratie, Frankfurt/M (Suhrkamp)

Glyn, Andrew 2006, Capitalism unleashed: Finance globalization and welfare, Oxford, New York (Oxford University Press)

Harvey, David 2005, A brief history of neoliberalism, Oxford (Oxford University Press)

Huffs Schmid, Jörg 1969, Die Politik des Kapitals: Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M (Suhrkamp)

Kalecki, Michal 1943, Political aspects of full employment, Policial Quarterly, Vol. 14: 322-331

Klein, Naomi 2009, Die Schock Strategie, Frankfurt/M (Fischer Taschenbuch Verlag)

Kühn, Hagen 2010, Beschäftigungsunsicherheit und Gesundheit, Sozialismus 12/2010: 8 - 12

Müller, Albrecht 2005, Die Reformlüge, München (Knaur)

Müller, Albrecht 2006, Machtwahn, München (Droemer)

Palast, Greg 2004, Best democracy money can buy: an investigative reporter exposes the truth about globalization, corporate cons, and high finance, New York, NY (Penguin Group)

Rosa, Hartmut 2009, Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik, in: Dörre, Klaus/ Lessenich, Stephan/ Rosa, Hartmut, Soziologie – Kapitalismus – Kritik, Frankfurt/m (Suhrkamp)

Rose, Mathew D. 2011, Korrupt? Wie unsere Politiker und Parteien sich bereichern - und uns verkaufen, München (Heyne)

Troost, Axel 2012; Hintergrund: Staatsverschuldung in Deutschland, http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/120615_axel_troost_hintergrund_-_staatsverschuldung_in_deutschland.pdf (20.06.2012)

Wissenschaftlicher Beirat von attac 2011, Vermögenskonzentration und Finanzkrise (<http://www.weltderarbeit.de/start240.pdf>, (22.03.2012)

26. Juni 2012